

- 1 Referendum gegen Frontalangriff auf den Zivildienst
- 4 Umbrella Initiative: 80 Jahre UNO – Zeit zu handeln
- 8 Die Illusion der atomaren Sicherheit
- 10 Friedensgutachten: Der «vergessene» Krieg im Sudan

- 16 Die Gesamtverteidigung im Kalten Krieg
- 24 Ukrainische und russische Kulturschaffende
- 28 Mike Johansen: An der Nase herumgeführt
- 31 Café de la paix im September und November

Vor dem Referendum gegen die Verschlechterung des Zivildienstes

Frontalangriff auf den Zivildienst

Die eidgenössischen Räte haben in der vergangenen Juni-Session einen totalen Angriff auf den Zivildienst lanciert. Sie stellten sich hinter den Bundesrat, der verhindern will, dass Männer von der Armee zum Zivildienst wechseln. Sie wollen schnellstmöglich den Zivildienst mit dem Zivilschutz fusionieren. Sie wollen sogar zur Zulassung zum zivilen Ersatzdienst die Gewissensprüfung wieder einführen anstelle des Tatbeweises. Damit wird der Zivildienst fast bis auf die Grundmauern abgebaut. Der Ständerat wird nach dem Nationalrat in der kommenden Herbstsession der substanziellen Erschwerung des Übertritts von der Armee zum Zivildienst zustimmen. Eine Zivildienst-Allianz wird deshalb ab Mitte Oktober das Referendum gegen diese sogenannte Reform ergreifen.

/Peter Weishaupt/

Die FDP hat es in einer Medienmitteilung vom 6. März auf den Punkt gebracht. Unter dem Titel «So schützen wir die Schweiz» hat sie sieben Forderungen als Reaktion auf «die gravierendsten sicherheitspolitischen Veränderungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion» aufgestellt. Unter Punkt 4 heisst es da kurz und bündig:

«Antreten! Jedes Jahr verliert die Armee über 6000 Personen an den Zivildienst. Während unsere Nachbarn aufrüsten, haben manche Schweizer WKs nicht mal einen Koch. Trotzdem schafft es der Bundesrat seit Jahren nicht, ein neues Dienstmodell vorzuschlagen. Dabei läge die Lösung auf dem Tisch: Mehr Armee. Mehr Zivilschutz. Und der Zivildienst wird in der heutigen Form abgeschafft.»

Sechs Massnahmen, die Zivildienstanträge zu vermiesen

Dem ist das Parlament im Juni bedeutend nähergekommen. Der Nationalrat hat eine Revision des Zivildienstgesetzes beschlossen, um die Abgänge

von Männern von der Armee zum Zivildienst durch höhere Hürden zu erschweren. Der Bundesrat begründet in seiner Botschaft ans Parlament die Zulassungserschwerung damit, dass viel zu viele Militärdienstpflichtige zivilen Ersatzdienst leisten wollen. Sei man bei der Einführung des Zivildienstes von höchstens zwei- bis zweieinhalbtausend jährlichen Anträgen ausgegangen, hätten sich diese in den letzten Jahren verdreifacht. So leisteten im Jahre 2023 6754 Wehrpflichtige Zivildienst, 2019 seien es noch 6088 gewesen. Doch es gebe keine Wahlfreiheit zwischen Militär- und Dienstpflicht, die Einteilung in den zivilen Ersatzdienst solle eine Ausnahmeregelung bleiben.

Der Bundesrat erhofft sich deshalb, mit sechs Massnahmen die jetzigen Höchststände auf 4000 zu senken. Besonders im Visier hat er die Gesuche von Armeeangehörigen mit bestandener Rekrutenschule und von Fachspezialisten und Kadern. Wer erst nach der Rekrutenschule in den Zivildienst wechselt, soll mindestens 150 Tage Zivildienst leisten müssen. Einsätze im Zivildienst, die ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, sollen nicht mehr möglich sein. Und ehemalige Unteroffiziere und Offiziere sollen einen eineinhalbmals so langen Dienst



Fortsetzung Seite 2

in Kauf nehmen (heute liegt der Faktor bei 1,1).

«Es besteht eine unverändert hohe Zahl an Armeeangehörigen, die ein Gesuch um Zulassung zum zivilen Ersatzdienst stellen, nachdem sie während dem Militärdienst zeit- und kostenintensive Kader- und/oder Fachausbildungen durchlaufen haben, und die ihr militärisches Führungs- und Fachwissen in den Zivildienstesätzen nicht praktisch anwenden können», klagt der Bundesrat.

Ärgernis Abgänge von Armeekadern

«Im Vergleich zur Ausgangslage der Botschaft von 2019», so der Bundesrat weiter, der bereits damals ähnliche Vorschläge gemacht hatte, jedoch knapp im Parlament scheiterte, «wechselten 2022 zwar weniger Offiziere, höhere Unteroffiziere sowie Unteroffiziere aus der Armee in den Zivildienst, doch bleibt die jährliche Zahl wechselnder Kader in absoluten Ziffern hoch (2023: 45 Offiziere, 31 höhere Unteroffiziere sowie

228 Unteroffiziere; 2022: 58 Offiziere, 37 höhere Unteroffiziere sowie 240 Unteroffiziere; total im Zeitraum 2019 bis und mit 2022: 212 Offiziere, 172 höhere Unteroffiziere sowie 1014 Unteroffiziere).

Unverändert zahlreich sind Abgänge zum zivilen Ersatzdienst von Armeeangehörigen, die eine funktionspezifische Fachausbildung in der Armee durchlaufen haben. 2023 schieden beispielsweise 10 Einheitsfeldweibel (10 Hauptfeldweibel, 0 Feldweibel), 17 Einheitsfouriere, 23 Truppenköche sowie 67 Motorfahrer aus der Armee aus, um Zivildienst zu leisten. Weiterhin verlassen auch Ärzte und Militärarzt-Anwärter die Armee, um Zivildienst zu leisten; 2023 erfolgten beispielsweise 2 Übertritte.» Wirtschaftsminister Guy Parmelin sprach in der Debatte von einem «Massenphänomen mit problematischen Folgen».

Schikane um Schikane

Gemäss dieser «Zivildienstreform» wäre der Faktor 1,5 nur noch anwendbar auf Zivildienstleistende, die im Militär noch mindestens 100 Tage hätten leisten müssen. Diejenigen mit weniger als 100 ausstehenden Militärdiensttagen müssten neu in jedem Fall noch 150 Zivildiensttage leisten. Das hiesse zum Beispiel: Bei einem Dienstpflichtigen mit zehn ausstehenden Militärdiensttagen betrüge nach dem Wechsel in den Zivildienst der entsprechende Faktor 15, bei einem mit einem einzigen ausstehenden Militärdiensttag sogar 150. Das Bundesamt für Zivildienst nennt dies eine «differenzierende Berechnung des Faktors».

Eine weitere Massnahme verbietet es den Militärdienstpflichtigen, ein Zivildienstgesuch einzureichen, wenn sie bereits alle Militärdiensttage geleistet haben. Sie dürften erst dann wieder ein Gesuch einreichen, wenn sie zu einem Aktiv- oder Assistenzdienst aufgeboten werden. Doch dann ist es zu spät. Denn ein Aufgebot zu Aktiv- oder Assistenzdienst kann so kurzfristig sein, dass eine rechtzeitige Zulassung zum Zivildienst unmöglich ist. Folglich müssten diese Soldaten auch im Falle eines Gewissenskonflikts in den Militärdienst einrücken.

Referendum ab Mitte Oktober

In der kommenden Herbstsession wird der Ständerat dem Entscheid des Nationalrates folgen. Seine Sicherheitspolitische Kommission hat wie der Erstrat alle sechs vorgeschlagenen Massnahmen unverändert übernommen. Sie sollen per 1. Januar 2026 in Kraft treten. Doch

bereits jetzt laufen auch die Vorbereitungen einer Zivildienst-Allianz für ein Referendum gegen diese Revision des Zivildienstgesetzes. Ab Mitte Oktober wird der Referendumsbogen vorliegen, wir werden ihn im Oktober dem Versand des Friedenskalenders 2026 an alle Abonnentinnen und Abonnenten beilegen.

Innerhalb dreier Monate müssen über 50'000 Unterschriften beisammen sein, dies in einer Zeit, in der auch andere Vorlagen anstehen. Einerseits müssen ebenfalls bis Ende Dezember noch 30'000 Unterschriften für die Atomwaffenverbotsinitiative gesammelt werden, damit sie zustandekommt. Andererseits kommt am 30. November die Service-citoyen-Volksinitiative zur Abstimmung, die eine obligatorische allgemeine Dienstpflicht anstrebt und die es zu verhindern gilt.

Zivildienstler in den Zivilschutz

Die eidgenössischen Räte haben im Juni weitere Vorstösse zur Demontage des Zivildienstes angenommen. Sie haben einer Änderung des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes vom 20. Dezember 2019 zugestimmt, mit dem «Zivildienstpflichtige verpflichtet werden können, einen Teil ihres Zivildienstes in Zivilschutzorganisationen von Kantonen mit personellem Unterbestand zu leisten. Einerseits wird damit das Bestandsproblem des Zivilschutzes entschärft, andererseits werden die Wirksamkeit und die Effizienz der Einsätze des Zivildienstes bei Katastrophen und Notlagen gesteigert. Die Gesetzesänderungen sollen per 1. Januar 2027 in Kraft treten», wie der Bundesrat schreibt.

Fusion von Zivildienst und Zivilschutz

Das sei allerdings nur eine Übergangslösung, sagte SVP-Ständerat Werner Salzmann in der Debatte. Er verlangt die schnellstmögliche Einführung einer allgemeinen Sicherheitsdienstpflicht mit der Fusion von Zivildienst und Zivilschutz zu einem Katastrophenschutz. Weil der Zivilschutz laut Bund unter Personalmangel leidet. Der Bestand lag Anfang 2024 bei 60'000 Schutzdienstpflichtigen. Bis 2030 könnte die Zahl gemäss Prognosen des Bundes unter 50'000 sinken. Schweizweit brauche es aber 72'000 Personen, damit der Zivilschutz seine Leistungen erfüllen könne.

Die Sicherheitsdienstpflicht sieht vor, dass jeder Schweizer Bürger verpflichtet wird, Dienst in der Armee oder im Katastrophenschutz zu leisten. Für Frauen wäre ein Dienst weiterhin freiwillig. Der

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Felix Abt, Balthasar Glättli, Simon Gaus Caprez, Florian Ebenkamp, Halyna Petrosanyak, Liliane Studer, Ruedi Tobler, Christine Voss.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Seite 5: Umbrella-Initiative; Seite 9: SFR; Seite 11 Imago/Maxppp; Seite 13: Le Monde diplomatique; Seiten 16/17: SFR-Archiv; Seite 18: Comet Photo; Seite 20: Felix Abt; Seite 23: Ursula Markus; Seite 32: Kichka.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., September 2025

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht auch an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492.

Katastrophenschutz würde technische Hilfe und Logistik bereitstellen, aber auch Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen unterstützen. Nach dem Nationalrat hat im Juni auch der Ständerat einer gleichlautenden Motion mit 21 zu 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Der Bundesrat will eine solche Sicherheitsdienstpflicht zwar prüfen, war aber gegen die Überweisung der Motion, die ihm Beine machen will. Die finanziellen Folgen wären erheblich, müssten doch rund 900 Millionen Franken in Unterkünfte und Ausbildungsstruktur investiert werden. Die jährlichen Mehrkosten würden sich ebenfalls auf 900 Millionen Franken belaufen, wie VBS-Chef Martin Pfister zu bedenken gab.

Der Bundesrat hat das VBS beauftragt, ihm bis Ende 2027 Antrag zum weiteren Vorgehen zu stellen, «sobald belastbare Erkenntnisse zur Auswirkung der Revisionen des Bevölkerungs- und Zivildienstgesetzes und der durch die Armee ergriffenen Massnahmen auf die Alimentierung von Armee und Zivildienst sowie die Resultate der Gespräche mit den Kantonen vorliegen. Dabei soll eine Beteiligung von Ausländern an der Dienstpflicht geprüft werden.» Weiter hat er das VBS beauftragt, bis Ende 2025 eine Vernehmlassungsvorlage zur Einführung eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen zu erarbeiten.

Ein Comeback der Gewissensprüfung?

Zur weiteren Demontage des Zivildienstes möchte die nationalrätliche Sicherheitskommission auch die sogenannte Gewissensprüfung wieder einführen, der Tausende von Männern zwischen 1996 und 2009 unterzogen worden waren. Dabei handelt es sich um eine aufwändige Befragung, bei der eruiert werden soll, ob jemand keinen Militärdienst leisten will, weil er es mit seinem Gewis-

sen nicht vereinbaren kann. Das Verfahren ist kostspielig und die Erfahrungen zeigten, dass nur fünf Prozent der Anträge auf Ausnahme vom Militärdienst aus Gewissensgründen abgelehnt wurden. Als sogenannter Tatbeweis, dass es sich bei der Weigerung, Militärdienst zu leisten, um eine Gewissensfrage handelt, dient seither die Bereitschaft, im Zivildienst anderthalbmal so viel Zeit aufzuwenden.

Stefan Holenstein, Präsident des Verbandes Militärischer Gesellschaften Schweiz, setzt sich vehement für die Wiedereinführung der Gewissensprüfung ein. «Die Wahlfreiheit zwischen Militär- und Zivildienst, die es heute faktisch gibt, bedeutet auf lange Sicht den Tod für unsere Milizarmee», sagt er. Jahr für Jahr gingen der Armee rund 7000 Wehrpflichtige verloren, das sei eine ganze Kampfbrigade, weil so viele junge Männer in den Zivildienst gingen. «Das kann sich unser Land in der aktuellen geopolitischen Lage schlicht nicht leisten.» Holenstein fordert, dass die Zahl der Zulassungen in den Zivildienst auf jährlich noch maximal 1800 begrenzt wird.

Zwar lehnte der Bundesrat in der nationalrätlichen Debatte auch hier ab, einen Bericht zur Wiedereinführung der Gewissensprüfung vorzulegen. Die Frage sei bereits mehrfach analysiert und verworfen worden. Doch das kümmerte die Mehrheit des Nationalrates nicht, sie überwies das Postulat mit 111 zu 76 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Als Nächstes muss nun der Ständerat darüber beraten.

Fazit: Wir stehen vor einer eigentlichen Demontage des Zivildienstes. Umso wichtiger ist das angekündigte Referendum gegen die Zivildienst-Gesetzesreform.

Die FRIEDENSZEITUNG zur Demontage des Zivildienstes

1 «Warum der Zivildienst das Dienstpflichtssystem nicht retten kann»: Zusammenfassung und Analyse des Schweizerischen Zivildienstverbandes Civiva zum Bericht des Bundesrates «Alimentierung von Armee und Zivildienst, Teil 1: Analyse und kurz- und mittelfristige Massnahmen» (von Nicola Goepfert); in: FRIEDENSZEITUNG Nr. 38, September 2021.

2 «Den Zivildienst zertrümmern oder gar Zwangsarbeit einführen?» Auseinandersetzung mit dem 2. Teilbericht «Möglichkeiten zur langfristigen Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems» (von Ruedi Tobler); in: FRIEDENSZEITUNG Nr. 41, Juni 2022.

3 «Frontalangriff auf den Zivildienst»: Geplante Revision des Zivildienst-, Zivildienst- und Militärgeset-

zes (von Ruedi Tobler); in: FRIEDENSZEITUNG Nr. 44, März 2023.

4 «Grosser Schaden ohne Nutzen»: Vernehmlassung zur Revision des Bevölkerungs- und Zivildienstgesetzes sowie des Zivildienst- und Militärgesetzes (SFR); in: FRIEDENSZEITUNG Nr. 45, Juni 2023.

5 «Lasst endlich die Finger davon»: Vernehmlassung zum erneuten Angriff auf die Zulassung zum Zivildienst; «So will der Bundesrat den Zivildienst vermiesen»; «Der Zivildienst soll jetzt den Zivildienst alimentieren»: Auch noch eine Zivildienstrevision gegen Zivildienstleistende; alle in: FRIEDENSZEITUNG Nr. 49, März 2024.

Editorial

Bei Femiziden endlich handeln

Jeden Monat werden in der Schweiz drei Frauen von ihren Männern getötet. 22 Frauen waren es allein bis Ende August, im letzten Jahr starben insgesamt 26 Frauen, 2023 waren es 20. Diese Zahlen sind nicht einer offiziellen Statistik entnommen, eine solche gibt es nämlich nicht. Das zivile Rechercheprojekt «Stop Femizid», das sowohl versuchte wie vollendete Femizide zählt, wertet Polizeimeldungen und Medienberichte systematisch aus. Die UNO und der Europarat verlangen seit Jahren, dass geschlechtsspezifische, sexualisierte und häusliche Gewalt von der Kriminalstatistik erfasst wird, um den Umfang der Gewalt an Frauen erkennen und bekämpfen zu können.

Der Bund wie kantonale Behörden weigern sich seit Jahren, den Begriff Femizid, also die Ermordung von Ehepartnerinnen oder Freundinnen durch ihre (Ex-)Partner, zu verwenden. Medien tragen das Ihre dazu bei, wenn sie bei Tötungen von Frauen immer noch von Beziehungsdelikten oder Familiendramen labern. Immerhin nahm der Nationalrat im März ein Postulat der Grünen-Nationalrätin Sibel Arslan an, das den Bundesrat beauftragt, abzuklären, ob und wie Femizide in Zukunft statistisch erfasst werden können.

Am 25. Juni 2025 hatte Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider zudem den Ausschuss für die Koordination der Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen einberufen, der drei Massnahmen beschloss:

- Entwicklung regionaler Lösungen zur Schliessung von Lücken bei Plätzen in Schutz- und Notunterkünften.
- Verstärkung der Gewaltprävention in Trainingsphasen durch Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen.
- Einführung einer systematischen interinstitutionellen Analyse von Fällen von Femiziden.

Das genügt bei Weitem nicht. Die SP will deshalb eine Volksinitiative zur Bekämpfung von Femiziden lancieren. Bund und Kantone sollen verpflichtet werden, geschlechterspezifische Gewalt aktiver zu bekämpfen, Minimalstandards in Opferschutz und Prävention für die ganze Schweiz umzusetzen und dafür genügend Mittel aufzubringen. Das sind Forderungen, die bereits vor einem Jahr in einer Petition an den Bundesrat gestellt worden waren. Geschlechtsspezifische Gewalt muss endlich ernst genommen werden.

Peter Weishaupt

80 Jahre UNO – Zeit zu handeln

Seit 80 Jahren verpflichten sich die UNO-Mitgliedsstaaten, die Weltbevölkerung vor Krieg zu schützen. Heute, so scheint es, herrscht das Recht der Stärkeren. Global wüten so viele bewaffnete Konflikte wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Mitverantwortung der Schweiz als Mitglied und Gastgeberstaat der Vereinten Nationen anzunehmen und die Zivilgesellschaft in die internationale Sicherheitsarchitektur einzubeziehen, ist das Ziel der «Umbrella Initiative», die eine entsprechende Petition an den Bundesrat lanciert hat.

/Simon Gaus Caprez/

«Papa, warum gibt es keine Weltpolizei?» Diese Frage unseres damals 10-jährigen Sohnes Jakob liess mich an diesem Frühlingstag im Jahr 2022, kurz nach Russlands Angriff auf die Ukraine, im ersten Moment wort- und ratlos zurück. Vielleicht entsteht so Verantwortlichkeit eines medialen Bystanders: den eigenen Kindern eine konkrete Antwort schuldig zu sein zur Welt der Erwachsenen, in die sie hineingeboren werden.

Die Frage von Jakob ist keine Frage nach Frieden. Es ist, wie auch jene von Abdullah, geprägt vom IS und Irakkrieg, Amina, die Srebrenica gedenkt, und jenen, die die Tragödien Israels und Palästinas wirklich kennen, eine Frage nach der Reaktion am Ende der Leitung. Nach einer Instanz, die unmittelbar dafür einsteht, die Gewalt zu beenden. Wenn jemand auf der Strasse überfallen wird, gibt es auch nicht zuerst eine Sitzung im Polizeirevier, ob ein Einsatz gerechtfertigt sei. Es ist eine Frage, die nicht aus politischem Kalkül, sondern aus einem menschlichem Schutzbedürfnis heraus gestellt wird.

Das grosse Schutzversprechen

Was die UNO-Vollversammlung vor 80 Jahren angesichts der verheerenden Weltkriege beschlossen hatte, war nichts weniger als ein ultimatives Schutzversprechen: Die Menschen «vor der Geissel des Krieges» zu bewahren und bei Gefährdungen Massnahmen zu treffen, um die internationale Sicherheit zu gewährleisten.

Seit der Unterzeichnung der UNO-Charta sind Millionen von Menschen durch Kriege gestorben. Auch 80 Jahre danach ist das Abkommen zur Ausgestaltung der internationalen Streitkräfte, die der Sicherheitsrat gemäss Charta «sobald als möglich» ausarbeiten sollte, inexistent. Die Sonderstellung, die sich die Siegermächte mit dem Veto-Recht vorbehielten, ermöglichte dahingegen das gnadenlose Verfolgen nationaler Interessen – zu immensen menschlichen Kosten.

Die Schweizer Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat 2023/24 präsentierte diesen Elefanten im Raum deutlicher denn je. Auch bei grösster Effizienz im Sitzungszyklus – ihren Kernauftrag erfüllt die UNO nicht. Jeder Krieg ist Ausdruck ihres grandiosen Versagens. Dies stellt nicht nur für die wichtigste internationale Organisation selber, sondern auch für alle Mitgliedsstaaten, die sie unterzeichnet haben und damit ihrer Bevölkerung ein falsches Schutzversprechen liefern, ein grundlegendes Glaubwürdigkeitsproblem dar. Insbesondere auch für die Schweiz als Gastgeberstaat.



Wie kann ich mitwirken?

- Petition unterschreiben: https://umbrella-initiative.ch/de_ch/unterschreiben/
- Jour fixe: 2. Oktober 2025, um 20.15 Uhr in Zürich (mit Anmeldung).
- Aktion für Familien: Alte Schirme neu gestalten. 14. September 2025, 15.00 Uhr, Bäckeranlage Zürich.

Stärken der Zivilgesellschaft

Das bestehende Vermächtnis der UNO ist ihre normative Kraft. Es gibt sie noch, die Charta, kein einziger Staat kündigte sie auf. Aber der Erfüllungsanspruch im Geiste ihrer Verfasserschaft scheint nichtiger denn je. «Sicherheit durch Stärke» tut nicht einmal mehr so, als ginge es um Solidarität. Das Gegenstück zur Top-Down-Intervention des UNO-Gewaltmonopols ist die Zivilgesellschaft, die sich organisiert, demokratisch einbringt und die Schutzansprüche, die auch in den staatlichen Verfassungen verbriefte sind, einfordert.

Wachsamkeit, kritische Teilhabe und Resilienz versalzen den Nährboden des Krieges. Nur eine ohnmächtige Bevölkerung lässt sich in Kriegsrhetorik ziehen und bezahlt Milliarden für Schäden und Aufrüstung über das Steuersubstrat. Zivilgesellschaftliches Power-with ist – auch im Credo der «Umbrella Initiative» – nicht nur Selbstermächtigung, sondern auch unverzichtbares Mittel, internationale Politik mit der Alltagsrealität der Menschen zu verbinden. Internationale Solidarität misst sich am Schutz des einzelnen Kindes – so wie sich die Charta an den Menschenrechten misst.

Petition und Policy Update

Die Petition «Globale Sicherheit. Jetzt handeln!», die diesen Dezember eingereicht wird, mahnt den Bundesrat an, den völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und sich für eine Überprüfungskonferenz zur Reform der UNO-Charta einzusetzen. Mit dem Summit of the Future 2024 ist die Reform des UNO-Sicherheitsrates mittlerweile selbst in der UNO-Agenda angekommen. Das Bestreben, eine Übereinkunft zur Veränderung des Veto-Rechts zu finden, wird von der Mehrheit der Generalversammlung gutgeheissen, an die UNO-Mitgliedsstaaten geht die Ermutigung, Modelle zu entwickeln. Die *UN Charter Reform Coalition*, mit Botschafter Thomas Greminger an Bord, sammelt Mitgliedsstaaten und zivile Organisationen, um die Charta-Revision bis 2030 voranzutreiben.

Zum Einbezug der zivilgesellschaftlichen Perspektive plant die «Umbrella

Initiative» 2026 öffentliche Anlässe, um über das bitternotige Update der internationalen Sicherheitsarchitektur, die die Menschen- und Völkerrechte ins Zentrum stellt, zu diskutieren. Im Fokus stehen neben breiterer demokratischer Abstützung auch «technische» Formate wie Prävention, KI-Regulatorien, völkerrechtskonforme Einsatzdispositive, Frühwarnsysteme und, vielleicht am wichtigsten, ein internationales Verfassungsgericht. Denn klar ist nicht erst seit der hohen Zeit von Machtmissbrauch, Lüge und Täuschung: Auch die «Weltpolizei» bedarf einer Aufsicht.

Kollektive Sicherheit ist alternativlos

Sich zu engagieren für gemeinsame Sicherheit ist für ein Land wie die Schweiz unabdingbar. In einer Welt ohne regelbasierte Ordnung, wie wir sie heute wie eine Chimäre wieder kommen sehen, herrscht das Recht der Stärkeren. Solange es aber Menschen- und Völkerrechte gibt, wird deren kollektiver Schutz und ein UNO-Gewaltmonopol zu deren Durchsetzung, wie es die Charta im Grunde bedingt, alternativlos sein.

Um dies von der Staatengemeinschaft einzufordern, braucht es die Zivilgesellschaft. Inklusiv Anmahnung, dass der Kriegszustand für den Menschen nicht selbstverständlich ist, wie der Anthropologe Carel van Schaik es beschreibt. Sondern dass es unmenschlich ist, ihn zu dulden.



Mehr
Sicherheit.
www.umbrella-initiative.ch

Die Umbrella Initiative

UNO-Petition

Globale Sicherheit. Jetzt handeln!

Seit 80 Jahren versprechen die UNO-Mitgliedsstaaten, die Weltbevölkerung vor Krieg schützen.

Heute ist die Welt so unsicher wie schon lange nicht mehr. Es herrscht das Recht der Stärkeren, was für die Schwächsten dramatische Folgen

hat. Global wüten Dutzende von bewaffneten Konflikten – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.

Die Schweiz trägt als Mitglied und Gastgeberstaat der Vereinten Nationen Mitverantwortung für die Realisierung des in der UNO-Charta verbrieften Rechts auf Frieden und Sicherheit.

So mahnen wir den Bundesrat dringend an, im Rahmen des Völkerrechts und in internationaler Kooperation den Schutz aller Men-

schen vor kriegsrischer Gewalt und Terror zu gewährleisten, Kriege mit wirksamen Massnahmen zu beenden, Entschädigung zu organisieren und künftige Kriegsrisiken präventiv zu mindern.

Angesichts der eingeschränkten Handlungsfähigkeit des UNO-Sicherheitsrates fordern wir den Bundesrat zudem auf, sich für eine Überprüfungskonferenz zu einer Reform der UNO-Charta einzusetzen, die den völkerrechtlichen Schutzanspruch nachhaltig sicherstellt.

Kommt es zur Abstimmung mit Stichfrage?

Der Ständerat hat in der Junisession zwar mit 35 zu 8 Stimmen beschlossen, die SVP-Neutralitätsinitiative zur Ablehnung zu empfehlen, doch will er ihr einen eigenen Verfassungsartikel zur Neutralität gegenüberstellen. Falls dem im September der Nationalrat zustimmt, könnte es zu einer der seltenen Abstimmungen mit einer Stichfrage kommen.

/Peter Weishaupt/

Bekanntlich will die von Pro Schweiz und der SVP lancierte Volksinitiative zur «Wahrung der schweizerischen Neutralität» das Prinzip Neutralität erstmals in der Bundesverfassung verankern mit einem neuen Artikel 54a⁴, der erstens verlangt, dass die Schweizer Neutralität «immerwährend und bewaffnet» sei, zweitens, dass das Land «keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis beitrifft» und drittens, dass es «keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten trifft».

Direkter Gegenvorschlag des Ständerates

Der Ständerat will nun mit seinem Gegenvorschlag das erste Anliegen der Initiative übernehmen, nicht aber das Kooperations- und Sanktionsverbot. Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates hatte die Neutralitätsinitiative noch gänzlich abgelehnt, wie der Bundesrat beantragt hatte. Eine Minderheit der Kommission mit Hannes Germann und Marco Chiesa (SVP) sowie Daniel Jositsch (SP) hatte ihr damals jedoch zugestimmt. Letzterer verteidigte sie mit dem Argument, «wenn wir neutral sind, dann müssen wir es auch sein». Sanktionen bedeuteten eine Parteinahme, sofern sie nicht weltweit gälten.

Der Ständerat beschloss jetzt mit 27 zu 15 Stimmen, der Neutralitätsinitiative einen direkten Gegenvorschlag entgegenzustellen, der nur verlangt, dass die Schweizer Neutralität immerwährend und bewaffnet sei. Erwirkt hatten dies unter Führung des St. Galler Mitte-Ständerates Benedikt Würth auch weitere Mitte-VertreterInnen wie Pirmin Bischof (SO) und Isabelle Chassot (FR). Inzwi-

schen hat die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates, der als Zweitrat im September über die Vorlage debatierte, diese Variante Ende August unverändert in die Vernehmlassung geschickt. Dass die Vorlage vom Gesamtrat in der Herbstsession angenommen wird, könnte also wahrscheinlich werden.

Verzwickte Abstimmungssituation

Wie die NZZ am 26.8.2025 schreibt, kann das Parlament einer Initiative eine rechtlich ebenbürtige Alternative gegenüberstellen, die ebenfalls in der Verfassung verankert würde. Für den Urnengang brauche es in diesem Fall drei Fragen: Die Stimmberechtigten müssten separat angeben, ob sie die Initiative und den Gegenvorschlag annehmen oder beide ablehnen. In der Stichfrage könnten sie ankreuzen, welcher Variante sie den Vorzug geben, falls beide angenommen werden.

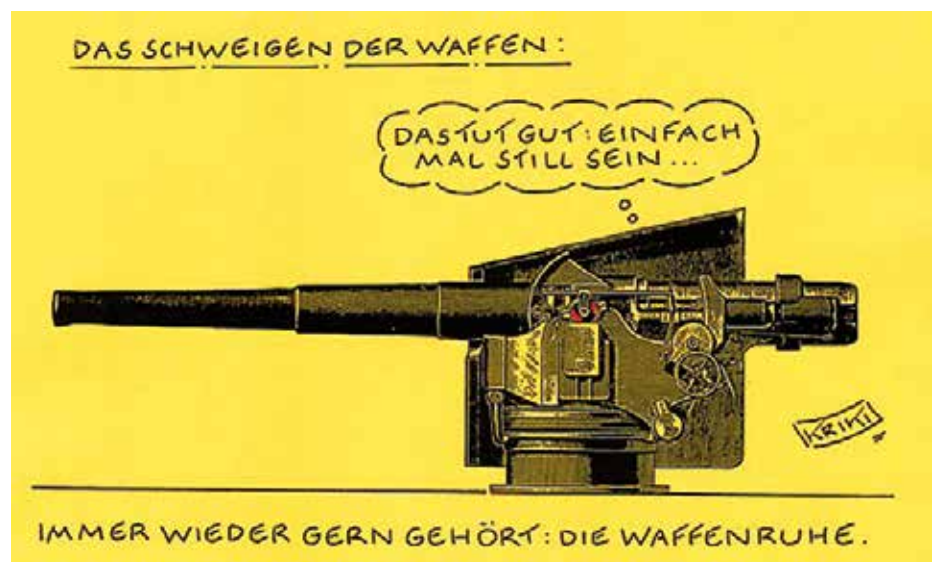
«Die letzte solche Abstimmung», so die NZZ, «hat vor 15 Jahren stattgefunden, damals ging es um die Ausschaffungsinitiative der SVP. Dieser Urnengang hat zu einem denkwürdigen Resultat geführt, das Zweifel am Prozedere weckt: Die Initiative wurde angenommen, der Gegenvorschlag scheiterte – in der Stichfrage hat sich eine knappe Mehrheit für den Gegenvorschlag ausgesprochen.» Links wie rechts sei dabei taktisch abgestimmt worden,

am Ende ist die striktere Variante in Kraft getreten.

Bei der Neutralitätsinitiative nun könnte Ähnliches passieren. Es gab zwar seit der Ausschaffungsinitiative mehrere direkte Gegenentwürfe, etwa zu Velowegen oder Jugendmusik. Doch wurden in diesen Fällen die Volksinitiativen zurückgezogen, weil die Initianten mit dem Gegenvorschlag einverstanden waren. Das ist bei der SVP-Neutralitätsinitiative unwahrscheinlich, wollen Blocher und Putinisten-Konsorten mit dem Begehren implizit Sanktionen wie gegen Russland verhindern. Die NZZ meint, dass eine solche Abstimmung mit Stichfrage frühestens 2027 stattfinden dürfte.

Drohender Rückfall

In einem Gastkommentar in der gleichen Zeitung gab Urs Saxer, Professor für Völker-, Staats-, Verwaltungs- und Medienrecht an der Universität Zürich am 11. Juli 2025 zu bedenken, dass ein Gegenvorschlag zur Neutralitätsinitiative unnötig sei und der Schweiz nur Nachteile bringen würde. «Mit (dem Gegenvorschlag) wird die Neutralität zu einem Grundsatz der Aussen- und Sicherheitspolitik und stellt nicht bloss ein Mittel dar. Dies ist eine klare Änderung: Die Zeit nach dem Ende des Kalten Kriegs war geprägt von einer Reduktion des Neutralitätsverständnisses auf den rechtlichen Kern. Damit sollte die aussen- und sicherheits-



politische Handlungsfähigkeit gestärkt werden. Nun droht ein Rückfall: Die Neutralität schwänge möglicherweise bei ausserpolitischen Fragen wie zu Zeiten des Kalten Kriegs wieder mit – zum Beispiel bei Stellungnahmen in internationalen Organisationen zu laufenden Konflikten oder bei Menschenrechtsverletzungen. Ein erheblicher Teil der Aussen- und Sicherheitspolitik würde unter einer Neutralitätsperspektive perzipiert, und der entsprechende politische Diskurs würde neutralitätspolitisch aufgeladen.»

Was bedeutet «immerwährend»?

Urs Saxer führt weiter aus, dass auch sonst der Gegenvorschlag inhaltlich nicht befriedige. Er beschwöre wie die Initiative im ersten Absatz die immerwährende bewaffnete Neutralität. «Bedeutet dies eine unverrückbare Neutralitätsverpflichtung in alle Ewigkeit? Dies würde der in der Schweiz tief verwurzelten Idee der jederzeitigen Änderbarkeit der Verfassung aufgrund eines demokratischen Entscheides von Volk und Ständen widersprechen. Ewigkeitsversprechen gehören daher nicht in eine demokratische Verfassung. Sie könnten auch in einer näheren oder fernerer Zukunft an der politischen Wirklichkeit scheitern. Die schweizerische Neutralitätsdoktrin ist sodann immer davon ausgegangen, dass die Schweiz die Neutralität aufgeben und sich zur kollektiven Selbstverteidigung mit anderen Staaten verbünden kann, wenn sie angegriffen wird. Insoweit kann Neutralität nicht immerwährend sein.

Die Eidgenossenschaft hat 1815 wohl sehr gerne die Anerkennung der immerwährenden Neutralität durch die am Wiener Kongress vertretenen Mächte entgegengenommen, aber Regierung und Parlament haben immer und zu Recht das souveräne Recht der Schweiz hervorgehoben, auf die Neutralität zu verzichten. Diese verpflichtet nicht bis zum Untergang: Wenn es die Sicherheit verlangt, soll und muss von ihr abgewichen werden können. Nach dem Gegenvorschlag ist dies nicht mehr klar. Möglicherweise müsste die Verfassung angepasst werden. Praktisch kann sich dies aber aufgrund konkreter Umstände als undurchführbar erweisen. Dann muss wohl das Notrecht der Ausweg sein. Will man dies?»

Der direkte Gegenvorschlag zur Neutralitätsinitiative mit der Stichfrage in der Abstimmung birgt also nicht nur die Gefahr, dass sich die SVP-Initiative durchsetzt, sondern ist grundsätzlich fragwürdig. Das gilt es zu verhindern.

Die Kolumne von Balthasar Glättli

Gegen die Neutralität des Geldsacks

Bundesbern ist definitiv gefangen im Bann der Rüstungsindustrie. Im Sommer hatte der Ständerat jegliches Mass verloren bei der Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes. Und nun hat die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates ihre langwierigen Bestrebungen aufgegeben, eine eigenständige Lösung zu finden, um die Wiederausfuhr bereits exportierter Waffen zugunsten der Ukraine zu ermöglichen. Dabei wäre genau dieses Ziel auch in der Linken abgestützt gewesen: Die Grünen hatten vor einem Jahr in der Vernehmlassung klargestellt, dass sie einer eng gefassten Änderung zustimmen könnten, welche die Wiederausfuhr bereits exportierter Rüstungsgüter an die Ukraine ermöglicht.

Die Reise der bürgerlichen Mehrheit geht aber absehbar in die umgekehrte Richtung: Die Kontrolle über den direkten Rüstungsexport und Wiederausfuhrkontrollen sollen künftig generell massiv geschwächt werden. Der Ukraine hilft das überhaupt nix. Dafür den Rüstungsexporten.

Ich nenne das die Neutralität des Geldsacks. Zuvorderst dabei die SVP. Sanktionen gegen den Völkerrechtsbrecher Putin sind für sie der neutralitätspolitische Sündenfall, den sie mit ihrer Neutralitäts-Initiative bekämpft. Waffenlieferungen an alle Kriegsparteien sind dagegen neutral und damit gut. Hauptsache, der Rüstungsexport brummt. Das tut er trotz der Krokodilstränen der Rüstungslobbyisten übrigens schon heute: Im ersten Halbjahr 2025 stiegen die Schweizer Waffenexporte im Vergleich zum ersten Halbjahr 2024 um über 20 Prozent an.

Auf dem Holzweg sind die SicherheitspolitikerInnen der Rechten aber auch auf einem anderen Feld: Sie waren schockiert über die Lieferverzögerungen beim Patriot-Luftabwehrsystem. Dabei hat Priorisierung der USA das Ziel, das der Bundesrat sinnvollerwei-



se selbst anstreben müsste. Nämlich dafür zu schauen, dass die Schweiz der Ukraine nicht Waffensysteme vor der Nase wegkauft, die diese dringend benötigt, um ihre Zivilbevölkerung und kritische Infrastruktur besser vor den russischen Raketen- und Drohnenangriffen zu schützen.

Die möglichst rasche isolierte Aufrüstung der Schweizer Armee lässt sich rational nicht mit dem Verweis auf den russischen Angriffskrieg begründen. Denn der Krieg gegen Putin findet in der Ukraine statt – nicht in den Schweizer Zeughäusern.

Balthasar Glättli (*1972) ist seit 2011 Nationalrat der Grünen. Er ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK-N) und der Staatspolitischen Kommission (SPK-N).

Die Illusion der atomaren Sicherheit

In diesem August jährte sich der Atombombenabwurf auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki zum 80. Mal. Um 11:02 Uhr blieb am 9. August in Nagasaki die Zeit stehen. In Heiden AR läutete wie jedes Jahr die Peace Bell. Vor dem Museum Henri Dunant hielt Florian Eblenkamp, Vorstandsmitglied der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen (ICAN), die hier leicht gekürzte Rede.

/Florian Eblenkamp/

Beginnen wir mit einem zentralen Irrtum unserer Zeit: dem Glauben an die sogenannte nukleare Sicherheit. Trotz aller Risiken halten viele Staaten – auch unsere Nachbarn – daran fest, dass ausgerechnet diese Waffen Sicherheit garantieren sollen. Wir leben in einem Paradoxon: Atomwaffen gelten als notwendige Abschreckung – und zugleich als undenkbar in der Anwendung. Wie kann etwas gleichzeitig undenkbar und notwendig sein? Das Konzept der nuklearen Abschreckung ist eine Theorie, die sich nicht beweisen lässt. Sie funktioniert – bis sie es nicht mehr tut. Und es gibt immer mehr Anzeichen, dass Atomwaffen nicht zu Zurückhaltung oder Frieden beitragen.

– **Russland** droht mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen in der Ukraine – vielleicht wurde die Invasion überhaupt nur möglich, weil sich Russland unter dem Schutz der eigenen Bombe unangreifbar wähnte.

– In **Belarus** wurden kürzlich russische Nuklearwaffen stationiert – zum ersten Mal ausserhalb Russlands seit dem Ende des Kalten Krieges. Damit steigt die Konfrontation, denn diese Stationierung von Atomwaffen auf dem Territorium anderer Staaten ist auch in der Nato gelebte Praxis. In Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und in der Türkei lagern amerikanische Atomwaffen, die erst kürzlich wieder modernisiert wurden.

– **Nordkorea** rüstet weiter auf und arbeitet im nuklearen Bereich mit Russland zusammen.

– Mitglieder der **israelischen** Regie-

rung haben gedroht, eine Atomwaffe auf Gaza abzuwerfen.

– **China** will sein Arsenal verdoppeln, baut dazu Infrastruktur und lässt selbst grundlegende Transparenz über das eigene Arsenal nicht zu.

– Die **USA** modernisieren ihr Arsenal – mit höheren Ausgaben als alle anderen Staaten zusammen.

– In **Europa** werden Atomwaffen neu stationiert – und die alte Debatte über europäische Atomwaffen hat leider wieder Fahrt aufgenommen.

– Erst vor ein paar Wochen gab es einen militärischen Konflikt in der Grenzregion zwischen **Indien und Pakistan**, beides nuklear bewaffnete Länder.

– Und natürlich wurde durch die Bombardierungen des **Iran** durch die beiden Atommächte USA und Israel allen wieder bewusst, wie gefährlich nahe die Welt am nuklearen Abgrund steht.

Sollen einzig mehr Atomwaffen gegen Atomwaffen nützen?

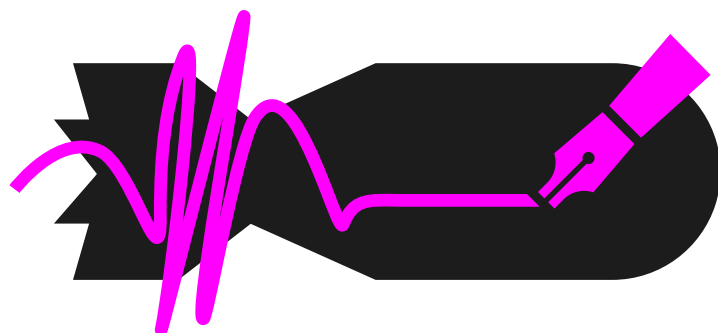
Dass man in dieser Lage ernsthaft meint, durch noch mehr Atomwaffen werde die Welt sicherer, entbehrt mir jeder Logik. Aber natürlich gibt es diese Stimmen, auch sehr prominent, die auch jetzt noch das einzige Heil in noch mehr Atomwaffen, noch mehr nuklearer Drohkulisse sehen. Ähnlich zur für uns EuropäerInnen unverständlichen Debatte über Waffenbesitz in den USA scheint das Argument zu sein: Das Einzige, was gegen Atomwaffen hilft, sind noch mehr Atomwaffen.

Hinter dieser Forderung steht das Konzept der nuklearen Abschreckung. Niemand weiss allerdings mit Sicherheit, ob solche Abschreckung funktioniert. Was wir dagegen genau wissen, sind die Folgen eines Atomwaffeneinsatzes – wissenschaftlich, medizinisch, menschlich. Diese Folgen sind nicht auf ein Schlachtfeld beschränkt. Radioaktive Strahlung kennt keine Grenzen, weder über Raum noch Zeit. Noch viele Generationen später leiden Menschen an Krebs, Stammzellen werden genetisch verändert und Krankheiten tauchen erst Jahrzehnte später auf. Und die klimatischen Effekte selbst eines begrenzten Atomkriegs – etwa zwischen Indien und Pakistan – könnten zu weltweiten Ernteaussfällen und bis zu zwei Milliarden Hungertoten führen.

Das Konzept der nuklearen Abschreckung blendet all das aus. Es ist ein Konzept, das nur dafür entwickelt wurde, die Wahrheit über Atomwaffen zu verschleiern. Die Wahrheit darüber, was passiert, wenn diese Waffen eingesetzt werden. Was passiert mit den Menschen, mit der Menschheit und der Menschlichkeit? Atomwaffen sind nicht nur eine Bedrohung für die anderen. Sie betreffen uns alle. Es gibt keinen Schutz vor einem Atomkrieg – auch nicht für Staaten, die sich aus militärischen Konflikten aktiv heraushalten. Wenn also alle Staaten betroffen wären, unabhängig davon, ob sie Teil eines Konfliktes sind oder nicht, wirft das tiefgreifende ethische, moralische und natürlich rechtliche Fragen auf. Sollten dann nicht

Unterschriftensammlung für ein Atomwaffenverbot: Wir brauchen dich!
Bis im Herbst sind noch 30'000 Unterschriften nötig! Unterschriftenbogen zurücksenden, bei Bekannten und auf der Strasse sammeln!

Meldet euch bei www.go.atomwaffenverbot.ch



ATOMWAFFENVERBOTSINITIATIVE



Unterschriftensammelaktion des Schweizerischen Friedensrates am 21. Juni 2025 am Stauffacher in Zürich.

auch alle Staaten eine Möglichkeit zur Mitbestimmung haben? Zur Mitbestimmung über ein globales Regime, das diese Waffen verwaltet?

Das Narrativ verändern

Wenn wir diese Bedrohung ernst nehmen, müssen wir uns auch fragen: Wie ist es überhaupt so weit gekommen? Warum ist das internationale System, das eigentlich Frieden und Stabilität schaffen soll, so gelähmt? Atomwaffen stehen für eine radikale Ungleichheit: Einige Staaten beanspruchen das Recht auf Massenvernichtungswaffen für sich – und verwehren es allen anderen. Dieses System ist instabil. Je mehr Atomwaffen als Garant für Sicherheit gelten, desto attraktiver werden sie für Staaten, die bislang keine besitzen. Die Gefahr der Weiterverbreitung wächst. Das logische Ende wäre eine Welt mit noch mehr Atomwaffen in noch mehr Händen – und einem noch grösseren Risiko. Noch ist es nicht so weit. Noch können wir uns als Weltgemeinschaft für einen anderen Weg entscheiden.

Genau an diesem Wendepunkt setzt die Arbeit von ICAN an. Denn Veränderung beginnt nicht bei der Technik – sondern bei der Sprache, beim Denken, bei der Vorstellung davon, was legitim

ist und was nicht. ICAN, die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, wurde gegründet, um diesen Wandel zu ermöglichen. Unsere Mission ist es, das Denken und die Sprache über Atomwaffen zu verändern. Das sogenannte Sicherheitsargument blendet vieles aus. Es wurde nie zu Ende gedacht. Es behauptet, dass Atomwaffen notwendig sind – aber gleichzeitig niemals eingesetzt werden dürfen. Doch wie glaubwürdig ist eine Drohung, deren Umsetzung niemand für vertretbar hält? Es ist absurd, wenn wir den Einsatz von Atomwaffen verurteilen, ihre Existenz aber legitimieren. Wenn wir Abrüstung fordern, aber neue Trägersysteme finanzieren. Wenn wir über Völkerrecht sprechen – aber die furchtbarste Waffe ignorieren. Das wollen wir ändern.

Wenn wir das Denken verändern wollen, brauchen wir auch neue Regeln. Neue Normen. Einen Rahmen, der sich nicht an der Macht orientiert, sondern an der Menschlichkeit. Der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen – kurz TPNW – ist genau so ein Rahmen. Dieser Vertrag wurde 2017 von den Vereinten Nationen beschlossen. Er trat 2021 in Kraft. Mittlerweile haben 98 Staaten unterzeichnet oder ratifiziert – bald werden es über 100

sein. Der TPNW ändert die Perspektive: Nicht die Machtverhältnisse stehen im Zentrum, sondern der Schutz des Lebens. Er erklärt Atomwaffen – wie schon zuvor Landminen oder Chemiewaffen – für verboten. Nicht weil das bequem ist, sondern weil es notwendig ist. Dieser Vertrag richtet sich nicht gegen einzelne Staaten oder Gruppierungen von Staaten – sondern gegen die Waffe selbst. Gegen das Prinzip, Sicherheit durch Massenvernichtung zu suggerieren.

Die Schweiz in der Verantwortung

Gerade für ein Land wie die Schweiz wäre die Unterstützung dieses Vertrags ein logischer Schritt. Denn sie war von Anfang an Teil des Prozesses. Die Schweiz hat 2017 beim Zustandekommen des Vertrags mitgewirkt – und für seine Annahme gestimmt. Doch der Bundesrat zögert bis heute, dem Vertrag beizutreten. Obwohl National- und Ständerat dies gefordert haben. Obwohl keine Atomwaffen in der Schweiz stationiert sind. Obwohl grosse Schweizer Städte sich klar öffentlich positioniert haben. Warum also dieses Zögern? Die Antwort ist unbequem: Druck von aussen. Doch ich frage Sie: Wenn nicht die Schweiz – wer dann? Wenn nicht jetzt – wann?

Der «vergessene» Krieg im Sudan

Weltweit nimmt die Zahl an bewaffneten Konflikten zu, aber nur wenige erhalten internationale Aufmerksamkeit. In der medialen Berichterstattung sind dies vornehmlich die Kriege in der Ukraine und in Gaza, während über andere Konflikte kaum berichtet wird. Sie stehen ebenfalls nicht im Zentrum diplomatischer Bemühungen und humanitärer Hilfe.

Ein Beispiel ist der Krieg im Sudan. Die humanitäre Lage ist katastrophal und hat verheerende Folgen für das Land, die Region und die internationale Friedenssicherung. Dennoch bleiben die internationalen Vorstösse, den Konflikt zu lösen, unzureichend. Sie sollten stärker auf die zivilen AkteurInnen im Sudan setzen. – Ein Beitrag aus dem von bundesdeutschen Friedensforschungsinstituten herausgegebenen *Friedensgutachten 2025*.

Im Frühjahr 2023 eskalierte der Machtkampf zwischen der sudanesischen Armee (Sudanese Armed Forces, *SAF*) und den Rapid Support Forces (*RSF*), einer früheren Miliz, die durch ihre Beteiligung am Genozid in Darfur bekannt wurde. Das löste eine der grössten humanitären Krisen weltweit aus. Seit Beginn der Kämpfe am 15. April 2023 kamen mindestens 125'000 Menschen ums Leben, häufig durch direkte Gewalt, aber

ebenso durch Hunger oder die Zerstörung des Gesundheitssystems. Die RSF nutzt systematische Plünderungen und sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe, was die humanitäre Krise verschärft. Grossflächige Luftangriffe der SAF zerstören die Infrastruktur in Khartum und anderen Städten sowie vor allem in der Region Darfur, darunter Schulen und Krankenhäuser. Grundlegende Infrastruktur wie Wasser- und Stromversorgung und das mobile Internet ist weitgehend demoliert. Über 24 Millionen Menschen, die Hälfte der Gesamtbevölkerung, sind von akutem Hunger betroffen. Mehr als zwölf Millionen Menschen mussten durch den Krieg fliehen, davon etwa drei Millionen in Nachbarländer wie Tschad, Ägypten und Südsudan.

Angesichts der geografischen und geopolitischen Bedeutung des Sudan beeinflusst der Krieg nicht nur die regionale Stabilität, sondern auch globale Handelsrouten und verändert die Migrationsbewegungen in der Region. Lokale AkteurInnen wie die zivilgesellschaftlichen Widerstandskomitees aus der Zeit der Revolution 2018/19 und die daraus entstandenen Notaufnahmen (Emergency Response Rooms) stellen trotz staatlicher Blockaden und fehlender internationaler Unterstützung die humanitäre Versorgung sicher. Diese zivilen dezentralen Initiativen verdeutlichen nicht nur die Widerstandskraft der Bevölkerung, sondern auch das Fehlen einer wirksamen Unterstützung von aussen.

Al-Bashirs Militärputsch von 1989

Für den aktuellen Krieg entscheidend ist der Verlauf der politischen Ereignisse seit dem Militärputsch von Omer al-Bashir im Jahr 1989, der daraufhin den Sudan für drei Jahrzehnte autoritär regierte. Al-Bashir zerschlug bei seiner Machtübernahme jegliches Potenzial für Widerstand innerhalb der Regierungsstrukturen und setzte loyale AnhängerInnen ein. 1991 führte er die Islamische Charta ein. Sie erklärte den Islam zur Staatsreligion und eine strenge Auslegung der Scharia zur Grundlage des Rechtssystems.

Al-Bashir nutzte die enge Interpretation des Islam als Instrument der Kon-

trolle und Repression der Bevölkerung. Das Regime unterdrückte beispielsweise Frauen, die strengen Kleidungs- und Verhaltensweisen unterworfen wurden. Die Konsequenzen der neuen Gesetzesgrundlage trafen vor allem den Süden des Sudan stark, der durch seine ethnische Vielfalt und die Christianisierung während der Kolonialzeit nicht in das neue Staatsbild passte. In dem seit 1983 eskalierenden Bürgerkrieg setzte al-Bashir den Kampf gegen den Widerstand im Süden fort. Auf ein Friedensabkommen (2005) folgte ein Referendum, das 2011 zur Abspaltung des Südsudan in einen unabhängigen Staat führte.

Parallel dazu eskalierte 2003 die Gewalt in Darfur. Dort kämpften vor allem die Janjaweed, geführt von Mohamed Hamdan Dagalo – auch bekannt als Hemedti, der spätere Führer der RSF – mit Regierungsunterstützung gegen die Fur, Masalit und Zaghawa. Die Janjaweed und die Zentralregierung verfolgten diese drei Bevölkerungsgruppen vor allem aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit.

Integration der Janjaweed in die Armee als Vorwand

Grosse Teile der Bevölkerung im urbanen Zentrum und die Elite in Khartum ignorierten oder unterstützten die zum Teil genozidale Gewalt. Die ideologische, finanzielle und politische Unterstützung der Janjaweed vonseiten der Regierung stärkt deren Position bis heute. Weder der Völkermord in Darfur noch andere Verbrechen führten für die RSF jemals zu Anklagen oder strafrechtlichen Konsequenzen. Im Zuge ihres Einsatzes in Darfur integrierte die sudanesischen Regierung die Janjaweed graduell in die Armee. Damit sollten sie legitimiert, aber auch kontrolliert werden. 2013 entschied sich al-Bashir für eine Formalisierung und gab ihnen mit der Bezeichnung Rapid Support Forces unter der Führung von Hemedti ein neues Image. 2017 war der formale Prozess der Integration in die SAF abgeschlossen. Dabei standen Hemedti und seine Truppen unter direkter Kontrolle von al-Bashir, umgingen also die militärische Hierarchie der SAF.

In den folgenden Jahren erweiterte die RSF ihren Handlungsspielraum und





Geflüchtete aus Darfur in einem Verteilungszentrum für Nahrungsmittelhilfe in der Stadt Adré im Tschad, März 2024.

damit ihre Macht. Sie kämpfte unter anderem für die von Saudi-Arabien geführte Koalition im Krieg im Jemen und kam in Libyen zum Einsatz. Im Jahr 2014 hat die EU Programme zur Grenzsicherung und Migrationskontrolle im Sudan unterstützt, unter anderem umgesetzt von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), in denen die RSF mindestens indirekt gefördert wurde. Mehr finanzielle Ressourcen und wachsende internationale Anerkennung verstärkten die Stellung und Vernetzung Hemedtis.

Die Volksrevolution von 2019

Populäre Volksaufstände stürzten im April 2019 das Regime von al-Bashir. Wie auch bei der Revolution von 1986 führten zivilgesellschaftliche Netzwerke den Widerstand an. Vor allem die Sudanese Professional Association (SPA) sowie die Widerstandskomitees übernahmen als Teil der Forces for Freedom and Change (FFC) die Koordination ziviler Aufstände und formulierten eine politische Vision. Die SPA hatte sich bereits 2012 als ge-

werkschaftlicher Zusammenschluss gegründet. Weil sie von der Regierung verfolgt wurde, liess sie sich erst 2016 formal registrieren und begann, als Organisation nach aussen zu kommunizieren. Sie übernahm im Verlauf der Revolution eine entscheidende Rolle und trat dafür ein, die Bevölkerung in die politischen Prozesse einzubeziehen. Die Widerstandskomitees sind eine dezentrale Organisationsform, die im Zuge der Revolution 2018/19 entstanden ist. Sie bestehen aus lokalen freiwilligen Gruppen, die sich im ganzen Land für die Belange und Bedürfnisse der Zivilbevölkerung einsetzen.

Trotz des zivilgesellschaftlichen Widerstands übernahm zunächst das Militär die Macht und setzte General Abdel Fattah al-Burhan als Leiter des Übergangsrates ein. Die Ernennung al-Burhans war nicht das Ergebnis einer Wahl oder eines politischen Prozesses, sondern eine gezielte Entscheidung, ebenso wie die Ernennung Hemedtis zu seinem Stellvertreter. Trotz der Integration der RSF in die SAF und der gemeinsamen

Führung des militärischen Übergangsrates rangen die beiden um die Vormachtstellung und Kontrolle.

Die Übergangsregierung, die der Übergangsrat und der FFC im August 2019 einsetzten, bestand sowohl aus ZivilistInnen als auch aus Militärs. Abdallah Hamdok führte die Regierung als Ministerpräsident an. Seine Handlungsmacht war allerdings stark eingeschränkt und nur von kurzer Dauer. Am 21. Oktober 2021 stürzten Burhan und Hemedti gemeinsam die Übergangsregierung und stellten das Land erneut unter eine rein militärische Führung. Die Proteste der Zivilbevölkerung brachen dabei nicht ab, sondern intensivierten sich mit Beteiligung der SPA und der Widerstandskomitees.

Der Ausbruch des Krieges 2023

Am 15. April 2023 kam es in Khartum zu einem gewaltsamen Zusammenstoss zwischen RSF und SAF, der innerhalb

Fortsetzung Seite 12

kurzer Zeit eskalierte. Die Konkurrenz um politische und wirtschaftliche Kontrolle, insbesondere über Ressourcen wie Goldminen, verschärfte die Spannungen zwischen beiden Seiten. Dabei spielten auch regionale, ethnische und soziale Unterschiede eine Rolle, was sich in den Lebensläufen der beiden Militärführer widerspiegelt. Abdel Fatah al-Burhan entstammt der privilegierten muslimisch-arabischen Elite der Hauptstadt und diente über Jahrzehnte unter dem Regime von al-Bashir. Hemedti hingegen stammt aus einer peripheren Gegend in Darfur, wuchs in bescheidenen Verhältnissen ohne Schulbildung auf und baute die RSF zu einer militärischen Macht aus.

Beide Seiten bedienen sich massiver Gewalt. Zu den Anschuldigungen gehören systematische Plünderungen und sexuelle Gewalt, welche die RSF gezielt als Kriegswaffe einsetzt. RSF-Mitglieder veröffentlichen selbst Videos dieser Taten auf Plattformen wie TikTok. Im Oktober 2024 wurde bekannt, dass eine Gruppe von mehr als 100 Frauen gemeinsam Selbstmord begangen hatte, um der sexuellen Gewalt der RSF zu entkommen.

Die Taktik der verbrannten Erde

Eine weitere Kriegstaktik ist die Strategie der verbrannten Erde. Die RSF zerstört beim Rückzug alles, was der SAF von Nutzen sein könnte. Dazu gehören nicht nur Regierungseinrichtungen, sondern auch Privathäuser. Die SAF hat durch Luftangriffe grosse Teile der Hauptstadt und ihrer Infrastruktur zerstört. Bis heute scheint die SAF Unterstützung in der Bevölkerung zu haben, obwohl ihr Menschenrechtsorganisationen ebenso gewaltsame Übergriffe gegen ZivilistInnen vorwerfen.

Seit Beginn des Jahres 2025 verlagert sich das militärische Kräfteverhältnis deutlich zugunsten der SAF, die nach Landgewinnen Ende März erneut das urbane Zentrum Khartums einnahm. Dabei wird die Fragmentierung beider Kriegsparteien weiter vorangetrieben, denn auch die SAF baut massiv auf die Rekrutierungskraft diverser Milizen. Das erhöht das Risiko interner Machtkämpfe und könnte Verhandlungen weiter erschweren.

Russische Unterstützung für die Regierungstruppen

Der Krieg im Sudan zeichnet sich durch

die starke Einmischung externer AkteurInnen aus, die eigene geopolitische und wirtschaftliche Interessen verfolgen und eine international koordinierte Vermittlung des Konflikts erschweren. Durch Waffenlieferungen, finanzielle Unterstützung der Kriegsparteien und illegalen Handel mit Rohstoffen sind diese AkteurInnen zur Lebensader einer Kriegsökonomie geworden, ohne die die Kriegsparteien schneller zu Konzessionen gezwungen wären. Laut einer Studie von Amnesty International sind seit Kriegsbeginn Waffen und Munition aus China, Russland, Serbien, der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und dem Jemen in grossen Mengen in den Sudan und dann in einigen Fällen nach Darfur gelangt. Dies verstösst gegen das UNO-Waffenembargo für Darfur. Unter den Waffenlieferungen der VAE an die RSF waren auch EU-gefertigte, insbesondere französische Waffensysteme.

Internationale Unterstützung erfährt die SAF durch Russland, den Iran und die Türkei, die Waffen und Drohnen liefern. Russland hatte zunächst über die Wagner-Gruppe die RSF unterstützt, verstärkte dann aber seine direkte Hilfe für die SAF. Russland nutzt den Sudan nicht nur als Partner in einem geopolitischen Machtspiel, sondern auch als strategischen Militärstützpunkt, wie die im Februar 2025 von der sudanesischen Regierung genehmigte russische Militärbasis in Port Sudan mit Zugang zum Roten Meer belegt. China ist nicht nur als Waffenlieferant aktiv, sondern hat in den vergangenen Jahren erheblich in den Ölsektor des Sudan investiert.

Viele geopolitische Interessen

Ägypten steht seit Jahrzehnten in enger Verbindung mit der SAF und hat nach Kriegsausbruch umgehend einen Waffenstillstand gefordert. Grund dafür ist unter anderem die Befürchtung, dass der Krieg sich regional ausweiten könnte. Als Nachbarland ist Ägypten vom Nil abhängig und pflegt enge Beziehungen zum sudanesischen Militär. Zudem ist Ägypten neben dem Tschad Hauptaufnahmeland für Menschen, die aus dem Sudan flüchten. Allerdings befindet sich Ägypten in einem Dilemma: Neben der engen Verbindung zur SAF hängt das Land, das sich seit Jahren in einer Wirtschaftskrise befindet und auf internationale Unterstützung angewiesen ist, von Investitionen der VAE ab. Zudem ist der libysche General Haftar ein enger Verbündeter Ägyptens im Li-

byenkonflikt. Aber sowohl die VAE als auch Haftar unterstützen die RSF, Letzterer mit Waffen, Treibstoff und weiteren Gütern in Zusammenarbeit mit der Wagner-Gruppe.

Die VAE sind der wichtigste Unterstützer der RSF in Form von Ressourcenankauf (vor allem Gold) und Waffenlieferungen und tragen zur Aufrechterhaltung des Krieges bei. Saudi-Arabien hat in der Vergangenheit sowohl die SAF als auch die RSF auf unterschiedliche Weise unterstützt, um seine regionalen Interessen zu wahren, tritt aber auch immer wieder in Vermittlungspositionen und humanitären Rollen auf. Auch wenn einige dieser AkteurInnen in diplomatischen Rollen auftreten, ist ihre Involvierung grösstenteils durch geopolitische Interessen motiviert und trägt wenig zur Lösung des Konflikts bei. Statt den Weg zu einem echten Frieden zu ebnen, verlängern diese den Krieg und machen die Zivilbevölkerung zum eigentlichen Opfer der geopolitischen Auseinandersetzungen.

Katastrophale humanitäre Folgen

Die Kriegshandlungen haben zu einer der grössten humanitären Krisen unserer Zeit geführt. Mehr als 30 der geschätzten 47,5 Millionen EinwohnerInnen benötigen humanitäre Hilfe, die Hälfte davon sind Kinder. Knapp 26 Millionen Menschen leiden unter akuter Ernährungsunsicherheit, herbeigeführt durch die systematische Zerstörung von Ernten, Feldern und landwirtschaftlichen Geräten, vor allem in den von der RSF kontrollierten Gebieten. Die zivile Infrastruktur, Schulen und Krankenhäuser sind in den Konfliktgebieten weitgehend zerstört. Frauen und Kinder sind überproportional betroffen. Vor allem Frauen und Mädchen sind Ziel sexueller Gewalt. Kinder haben keinen Zugang zu Bildung und sind in Gefahr, von bewaffneten Gruppen rekrutiert zu werden.

Mehr als zwölf Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht, davon 8,8 Millionen innerhalb des Landes. Über drei Millionen Menschen flüchteten in Nachbarstaaten, vornehmlich nach Ägypten (1,5 Millionen), Südsudan (ca. 1 Million) und Tschad (740'000), aber auch nach Libyen, in die Zentralafrikanische Republik, nach Uganda, Kenia und Äthiopien.

Kriegsparteien blockieren Hilfsgüter

Die UNO berechnen den humanitären Bedarf für das Jahr 2025 auf 4,2 Mrd.

US-\$. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres wurden jedoch nur etwa 250 Mio. US-\$ zur Verfügung gestellt. Zu den grössten Gebern für humanitäre Hilfe gehören Grossbritannien und die EU. Auch USAID war ein Hauptgeber, bis US-Präsident Donald Trump die Mittel einfrieren liess. Der Wegfall der Hilfen hätte verheerende Konsequenzen für das Überleben der vom Krieg betroffenen Zivilbevölkerung im Sudan und in den Nachbarländern.

Zudem blockieren beide Kriegsparteien regelmässig Hilfen internationaler Organisationen. Bürokratische Hindernisse wie langwierige Genehmigungsprozesse sorgen für verspätete Hilfslieferungen. Umso wichtiger ist die Rolle der Widerstandskomitees, die unter hohem Sicherheitsrisiko Hilfe leisten. Sie erfahren jedoch zu wenig internationale Unterstützung.

Spannungen in den Nachbarländern

Die Situation für sudanesisches Geflüchtete ist auch in den Nachbarländern dramatisch. Ägyptens Regierung sieht die grosse Zahl sudanesischer Geflüchteter als Belastung für das bereits desolate Wirtschafts- und Sozialsystem im Land. Von Beginn an hat die ägyptische Regierung die Geflüchteten an den wenigen Grenzübertritten nur unzureichend versorgt und die legale Einreise fast unmöglich gemacht. Im Dezember 2024 trat ein neues Asylgesetz in Kraft, das die Rechte der Geflüchteten weiter einschränkt. Gleichzeitig kam es bereits zu gewaltsamen Abschiebungen sudanesischer Geflüchteter durch die Polizei und die Grenzschutztruppen, deren Kapazitäten mit EU-Mitteln ausgebaut werden sollen.

Auch im Südsudan, der sich ohnehin in einer langanhaltenden humanitären Krise befindet, stellt die Versorgung der über eine Million Geflüchteten aus dem Sudan die Regierung und humanitäre Organisationen vor grosse Herausforderungen. Unter den Geflüchteten sind etwa 700'000 SüdsudanInnen, die in der Vergangenheit in den damaligen Norden des Sudan geflohen waren. Trotzdem kommt es zunehmend zu Spannungen in den aufnehmenden südsudanesischen Gemeinden. Im Januar 2025 gab es Unruhen unter anderem in Juba. Neun SudanInnen wurden getötet. Im Tschad lebt nach wie vor die Hälfte der Geflüchteten in Lagern, in denen die Versorgung unzureichend ist, und in Äthiopien hat die Regierung hor-



rende monatliche Visagebühren für dezentral untergekommene sudanesisches Geflüchtete beschlossen.

Internationale Friedensbemühungen

Der Krieg im Sudan verdeutlicht die tiefe Krise, in der sich die Institutionen internationaler Friedenssicherung derzeit befinden. So ist es zwei Jahre nach Ausbruch des Krieges nicht gelungen, einen geeigneten und von beiden Seiten anerkannten Vermittler zu finden. Seit Beginn des Krieges haben eine Vielzahl an internationalen und regionalen Organisationen sowie einzelne Staaten versucht, einen Friedensprozess aufzusetzen: Mehr als zehn Waffenstillstandserklärungen und zahlreiche Roadmaps erzielten keine nennenswerten Ergebnisse.

Der Mangel an Koordination unter den zahlreichen Sondergesandten und Vermittlungsinitiativen lud die Konfliktparteien eher dazu ein, die konkurrierenden MediatorInnen gegeneinander auszuspielen, den Verhandlungstisch zu nutzen, um internationale Legitimität zu gewinnen und gleichzeitig den Krieg mit immer gewaltvolleren Mitteln weiterzuführen.

Die Krise zeigt sich auch in äusserst eingeschränkten Ansätzen der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung, die

den Konflikt als einen zwischen «zwei Generälen» deuten und darauf abzielen, diese an den Verhandlungstisch zu bringen. Dem liegt nicht nur ein verkürztes Konfliktverständnis zugrunde. Es werden auch die Frieden schaffenden Potenziale der Zivilbevölkerung – insbesondere von Frauen – ignoriert. Sudanesisches AktivistInnen fordern deshalb, dass eine neue Art der Konfliktlösung imaginiert und umgesetzt werden muss.

UNO-Sicherheitsrat durch Russland blockiert

Das Scheitern der bisherigen Friedensbemühungen zeigt sich auf vielfache Weise. Weil Russland die SAF unterstützt, ist der UNO-Sicherheitsrat in seinen Entscheidungen zum Sudan blockiert und konnte bisher keine Friedensbemühungen initiieren. Im November 2024 scheiterte eine von Grossbritannien und Sierra Leone gesponserte Resolution zum Schutz von ZivilistInnen am Veto Russlands. Sanktionen gegen die Kriegsparteien und ihre internationalen Unterstützer sind so auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

Durch ihre Präsenz vor Ort hatte die UNO lange Zeit eine erhebliche Macht

Fortsetzung Seite 14



Fortsetzung von Seite 13

gegenüber beiden Parteien, insbesondere durch die Dokumentation von Kriegsverbrechen. Ende 2023 entschied der UNO-Sicherheitsrat jedoch – auf Drängen der sudanesischen Regierung –, die politische Stabilisierungsmission UNITAMS zu beenden, nachdem die Regierung des Sudan den deutschen Chef der Mission ausgewiesen und zur Persona non grata erklärt hatte.

Enormer Reputationsschaden für die Afrikanische Union

Die beiden verbleibenden Instrumente der UNO sind der Ende 2023 ernannte Persönliche Sondergesandte des UNO-Generalsekretärs, Ramtane Lamamra, der bisher aber auch keinen Vermittlungs- oder Koordinationserfolg vorweisen konnte, sowie die Independent International Fact Finding Mission for Sudan. Die Afrikanische Union AU hat zunächst sehr schnell auf den Ausbruch des Krieges reagiert und von Anfang an versucht, den politischen Friedensprozess wiederzubeleben. Doch drei verschiedene, innerhalb eines Jahres ins Leben gerufene Vermittlungsversuche zeigen die mangelhafte interne Koordination sowie die fehlende internationale Anerkennung der AU. Seit dem Putsch im Oktober 2021 ist der Sudan von allen Aktivitäten der AU suspendiert.

Auf dieser Grundlage hat die SAF bisher eine Führungsrolle der AU abgelehnt. Doch die Fortdauer des Krieges bedeutet einen enormen Reputationsschaden für die AU und ihr Prinzip der Nicht-Gleichgültigkeit (non-indifference). Dabei hat die AU gegenüber allen anderen internationalen AkteurInnen den Vorteil, dass sie die Legitimität einer afrikanischen Vermittlungsinstanz hätte und von den Kriegsparteien selbst als weniger parteiisch angesehen wird.

Vermittlungsbemühungen der Nachbarländer

Auch die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (Intergovernmental Authority on Development, IGAD) hat sich aktiv an den Vermittlungsbemühungen im Sudan beteiligt. Die 2023 beschlossene IGAD-Roadmap beauftragte die Staatshäupter von Kenia, Dschibuti, Äthiopien und dem Südsudan, im Sudan zu vermitteln, allerdings ohne grossen Erfolg. Im Januar 2024 setzte der Sudan seine Mitgliedschaft in der IGAD aus und beschuldigte die Organisation, die Souveränität des Landes zu verletzen, nachdem Hemedti zu einem IGAD-Gipfel in Uganda eingeladen wurde.

Insbesondere Kenia wird vorgeworfen, enge Verbindungen zur RSF-Führung zu haben und ihr internationale Legitimität zu verschaffen. Die Aufkündigung der Mitgliedschaft hat die Aussicht der IGAD auf eine ernsthafte Vermittlerrolle im Sudan verringert. Als direkte Nachbarländer bleiben die IGAD-Mitglieder dennoch weiterhin zentral: Weil sie von den Auswirkungen des Konflikts betroffen und damit besonders an einer Eindämmung der Gewalt interessiert sind.

Bilaterale Initiativen

Neben den diversen Initiativen internationaler Organisationen haben einzelne Staaten, allen voran die USA, Saudi-Arabien, Ägypten und die VAE, die Verhandlungen zwischen beiden Seiten angetrieben. Während die Verhandlungen im Mai und Oktober 2023 in Jeddah noch zu einem Waffenstillstandsabkommen führten, das allerdings scheiterte, ist die Delegation der SAF erst gar nicht zu den Gesprächen erschienen, die im Januar 2024 in Genf stattgefunden hatten.

Aktuell versuchen vor allem Ägypten und die Türkei, direkte Gespräche zwischen der SAF und der RSF anzustossen.

Diese Bemühungen finden jedoch eher in Konkurrenz zueinander als koordiniert statt. Nach der Machtübernahme von Donald Trump werden sich die USA als bisher wichtiger Akteur in den Vermittlungsversuchen im Sudan zurückziehen. Noch im Januar 2025 hatte die scheidende US-Regierung Sanktionen gegen al-Burhan und Hemedti verhängt.

Zivile Friedensprozesse fördern

Die bisherigen internationalen Friedensbemühungen folgten allesamt der Logik und Hoffnung, dass ein starker Mediator beide Seiten zu einem Waffenstillstand zwingen kann. Dieser Ansatz ist gescheitert, denn bisher hat keine der beiden Seiten ernsthaft an Verhandlungen teilgenommen. Die beiden Kriegsparteien sowie internationale AkteurInnen profitieren weiterhin vom Fortgang des Krieges, obwohl für keine der beiden Seiten ein vollständiger Sieg eine realistische Option ist.

Der blinde Fleck dieses Ansatzes sind die Friedensbemühungen der wichtigsten Kraft im sudanesischen Friedensprozess: die Zivilbevölkerung. Ihr wird in diesen Friedensstrategien kaum eine aktive Rolle zugedacht. Das ist ein grosses Versäumnis, wenn man anerkennt, welche zentrale Rolle zivile AkteurInnen in den politischen Umwälzungen seit 2019 gespielt haben.

Seit dem Ausbruch des Krieges hat die Zivilbevölkerung ihre organisatorischen Fähigkeiten unter Beweis gestellt, sichere Korridore ermöglicht, humanitäre Hilfe in ihrer Nachbarschaft organisiert und lokale Friedensabkommen unterzeichnet. Dafür wurden die sogenannten Emergency Response Rooms, eine Initiative der Widerstandskomitees, im vergangenen Jahr für den Friedensnobelpreis nominiert. Internationale diplomatische Bemühungen sollten diese lokalen Initiativen stärker nutzen, um die Zivilbevölkerung besser zu schützen, einen Waffenstillstand zu überwachen, den Frieden auf lokaler Ebene zu sichern und humanitäre Hilfe zu leisten.

Die AutorInnen: Marc von Boemcken (BICC, Bonn International Centre for Conflict Studies), Larissa Diana Fuhrmann (PRIF, Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung), Birgit Kemmerling (BICC), Raga Makawi (LSE, London School of Economics), Lars Wirkus (BICC), Antonia Witt (PRIF). Die Schlussfolgerungen der AutorInnen wurden nicht übernommen, da sie sich auf Forderungen an die bundesdeutsche Politik beziehen. Die Untertitel stammen von der Redaktion. Das 156-seitige Friedensgutachten ist für 15 Euro als Print oder gratis als PDF zu beziehen beim Transcript Verlag in Bielefeld.

Widerstand gegen den Frieden

Im Sudan entfacht Frieden auf paradoxe Weise Konflikte. Trotz vieler Friedensinterventionen in den Jahrzehnten seit dem Abkommen von Addis Abeba 1970 – mit vier bedeutenden Vereinbarungen, die 2005, 2006, 2011 unterzeichnet wurden und in der Juba-Friedensvereinbarung (JPA) von 2020 gipfelten – hat die Gewalt sich ausgeweitet. Anstatt Frieden zu bringen, haben diese Vereinbarungen die Konflikte verlagert und neu geformt, während sich die Machtverhältnisse innerhalb des Staates verschoben.

/Raga Makawi/

Seit April 2023 ist die Gewalt eskaliert. Trotz aller Widersprüche bleiben die internationalen Werkzeuge des Peacebuilding das bevorzugte Mittel derer, die im Sudan an der Macht sind, und der internationalen Akteure, die in die Friedensverhandlungen involviert sind, um die bestehenden Machtverhältnisse hin zu gerechteren Regierungsmodellen umzugestalten. Doch zeigt sich zunehmend, dass innerhalb der bestehenden Strukturen kaum nachhaltige Veränderungen möglich sind. Vielleicht braucht es erst eine Abschaffung aller bisherigen Institutionen und Mechanismen, um eine gerechtere und selbstbestimmte Zukunft für die Menschen im Sudan zu ermöglichen.

Frieden entsteht, wenn unterschiedliche materielle und politische Interessen von Konfliktparteien durch Gespräche und Vermittlung in Einklang gebracht werden. In der Praxis jedoch begünstigt die hochgradig technische Natur der Friedensverhandlungen Klauseln und Bestimmungen, die die Beteiligten rechtlich an greifbare Ergebnisse binden. Verhandlungen wurden zum Mittel, um für alle Parteien – einschliesslich der internationalen Gemeinschaft in ihrer Rolle als finanzielle Garantin – den maximalen Nutzen zu sichern. Doch das Versäumnis, die politischen Kernfragen des Übergangs zum Frieden anzuerkennen und anzugehen, insbesondere die heikle Frage der Repräsentation in autoritären Systemen sowie die Mittel und Rechte institutionellen Aufbaus, hat letztlich jede echte Friedensdividende untergraben.

Das nach dem Sturz von al-Bashir 2019 entstandene sudanesisches Demo-

kratieprojekt und die damit verbundene Bewegung entwickelten alternative Vorstellungen von Frieden. Besonders hervorzuheben ist dabei die Idee des Friedens als Fundament einer neuen einheitlichen nationalen Identität. Die Parole «Niemand ist sicher, solange nicht alle sicher sind» greift die universelle Sprache kollektiver Kämpfe auf, während sie gleichzeitig die Sicherheitsprivilegien problematisiert, die weite Teile des Landes und seiner Bevölkerung ausschlossen.

Die politischen Ausdrucksformen der Revolution machten mit Nachdruck und Konsequenz auf die Krise der Ungerechtigkeit als tiefer liegende Ursache der anhaltenden Friedlosigkeit aufmerksam. «Freiheit – Frieden – Gerechtigkeit», der dreigliedrige Hauptslogan der Bewegung, unterstreicht die enge Verflechtung des Rechts auf Freiheit und die Notwendigkeit, als Grundvoraussetzung für dauerhaften Frieden jede Form von Unrecht zu beenden.

Der politische Diskurs der zivilgesellschaftlichen Basisbewegung warnte davor, dass etablierte Friedensnormen neue Konflikte begünstigen könnten. Die Widerstandskomitees sahen in ihrem 80-seitigen politischen Manifest von 2021 den Ausbruch des Krieges als eine natürliche Eskalation der ohnehin tiefen Zerwürfnisse innerhalb der JPA-

Elite – einer Elite, die den bürgerlichen Kern des Übergangs ausgehebelt hatte und die schliesslich nur 28 Monate später einen Putsch durchführte.

Kann der Krieg erreichen, was konventionelle Friedensmassnahmen verfehlten? Es klingt beinahe zynisch, dies zu fragen. Doch könnte der Krieg eine Öffnung für basisdemokratische Interventionen an Orten schaffen, aus denen Grossteile der Bevölkerung systematisch ausgeschlossen wurden. Es ist darüber nachzudenken, wie die Beteiligung der Bevölkerung an der Reform und Umstrukturierung staatlicher Institutionen aussehen kann, insbesondere im Hinblick auf die Grenzen bewaffneter AkteurInnen in Politik und Regierungsführung.

Derzeit prägen der freiwillige Einsatz von immer grösser werdenden Teilen der Zivilbevölkerung im Militär und die finanzielle Unterstützung aus Diasporanetzwerken die Dynamik an den Frontlinien des Krieges mit erheblichen Auswirkungen auf die politische Zukunft des Landes nach dem Konflikt. Diese Teile der aktuell engagierten Zivilbevölkerung werden die Debatten und Reformen im Sicherheitssektor mitgestalten, während gegenseitige Hilfe bereits die Organisation der öffentlichen Versorgung prägt. Beides ist entscheidend für einen zivilen Übergang, bei dem ein handlungsfähiger Staat nicht mehr von oben vorgegeben, sondern von den Menschen selbst gestaltet wird.

(aus dem Englischen)



Volunteering for Peace 

Freiwilligeneinsätze Weltweit mit SCI

scich.org

- Einsätze für **alle** ab 16/18 Jahren
- Ökologische, soziale und kulturelle Projekte
- In 90 Ländern und der Schweiz

 Infos und Anmeldung:
info@scich.org / 031 381 46 20

 **SCI Schweiz**

Wider die totalitäre Gesamtverteidigung

Im Dezember vor 80 Jahren wurde der Schweizerische Friedensrat gegründet, für die Redaktion Anlass, in den vier Ausgaben der FRIEDENSZEITUNG 2025 auf die Schwerpunkte der Friedensratsarbeit in seiner langen Geschichte zu blicken. Höhepunkt wird die Jubiläumsveranstaltung vom 6. Dezember 2025 in Zürich sein, ein Datum zum Vormerken.

Während wir in der Frühlingsausgabe einen Blick auf den jahrzehntelangen Kampf des Friedensrates um die Beteiligung der Schweiz an den Vereinten Nationen warfen, um durch internationale Kooperation die Schrecken künftiger Kriege bannen zu können, beleuchteten wir in der Ausgabe vom Juni den ebenso langen Einsatz für einen friedensrelevanten Zivildienst. Mit den Vorstössen für eine gesellschaftliche «Gesamtverteidigung» in den 1970er- und 1980er-Jahren befassen wir uns im dritten Teil unserer Serie.

/ Peter Weishaupt /

Heute kaum mehr vorstellbar: Während des Kalten Krieges hatte sich in der Schweiz eine zunehmend totalitäre Eingelungsmentalität entwickelt, die in einer Total- oder Gesamtverteidigung gipfelte, die letztlich sämtliche Bereiche der Gesellschaft in eine absolute Rundumverteidigung führen wollte. «Gesamtverteidigung ist der Versuch, Krieg und Frieden strukturell einander gleichzusetzen. Alle staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche, die in einem Kriegs-, Krisen- und Katastrophenfall in Mitleidenschaft gezogen würden, auf den sogenannten Ernstfall vorzubereiten und schon in Friedenszeiten zu koordinieren», definierte der Friedensrat in einer Broschüre den Begriff.

Diese für einen Kleinstaat bemerkenswerten Militarisierungsversuche fussten auf der Tatsache, dass die Konsequenzen aus den Verwerfungen des Zweiten Weltkrieges in der Schweiz ganz anders verarbeitet wurden als in ihrer europäischen Umgebung. Der verhängnisvolle Mythos, dass einzig die militärische Verteidigungsbereitschaft das Land vor einem

nationalsozialistischen Angriff gerettet habe, fand im folgenden Kalten Krieg ihre totalitäre Weiterung.

Reaktion auf die totale Verteidigung

«Ist die Gesamtverteidigung ein Trugschluss? Wir zögern nicht zu antworten: Ja, die Gesamtverteidigung ist ein totaler Trugschluss. Sie ist eine durchaus falsche und trügerische Politik, die für unser Land schwere Folgen haben wird. Sie führt es in eine Sackgasse, lähmt seinen Fortschritt, vergiftet seine Bewohner, lenkt ihre Aufmerksamkeit von den lebenswichtigen Problemen ab, indem sie ihnen unwirkliche auferlegt und so verhindert, ihre Kräfte den wirklichen Werken der Verteidigung zuzuwenden, die nicht auf nationaler Ebene liegen. Sie verdirbt in ihnen den Sinn für das Menschliche, für das Geheiligte. Sie macht aus uns Gottlose mit gutem Gewissen.»

Mit diesen pathetischen Worten führte der Genfer Philosophieprofessor und Robert Junod in die vierte Publikation der Schriftenreihe des Friedensrates vom Dezember 1971 ein. Sie war einerseits eine Reaktion auf das zwei Jahre zuvor von den Behörden an alle Schweizer Haushalte verteilte blutrote Zivilverteidigungsbüchlein, das «die Bevölkerung auf den Zivilschutz im Kalten Krieg und die



für den Kriegsfall geplanten Massnahmen aufmerksam machen sollte. Es thematisierte etwa die Folgen eines Atombombenangriffs oder der Zerstörung von Talsperren. Über solche technischen Vorkehrungen hinaus sollte die «innere Widerstandskraft» der Schweiz gestärkt und «Defätismus» verhindert werden. Dazu diente vor allem das mehrfach umgearbeitete Kapitel «Die zweite Form des Krieges». Es zeichnete das bedrohliche Bild einer politisch «unterwanderten» Schweiz und machte dafür aus dem Ausland gesteuerte Parteien und Untergrundorganisationen verantwortlich.» (Beschreibung Bundesarchiv).

Die Doktrin der Gesamtverteidigung

Andererseits gab es seit den 1950er- und 1960er-Jahren erste sogenannte Landesverteidigungsübungen, die auf der Erkenntnis fussten, dass im Zeitalter der nuklearen Bedrohung die Verteidigung nicht mehr hauptsächlich Sache der Armee sein könne, und in denen die Zusammenarbeit zwischen der Armee und der zivilen Verwaltungsorgane auf Bundes- und Kantonsebene in Krisenlagen geübt wurden. In den 1970er- und 1980er-Jahren sollten sie in umfangreichen Gesamtverteidigungsübungen münden.



Eine vom damaligen Militärdepartement eingesetzte 25-köpfige Kommission unter Professor Karl Schmid sollte dann eine eigentliche Doktrin der Gesamtverteidigung formulieren. Ihren Bericht zu den «Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz» lieferte sie am 4. November 1969 ab. Dessen Ideen flossen wenig später in den bestimmten «Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz (Konzeption der Gesamtverteidigung)» vom 27. Juni 1973 an das Parlament ein.

Schweizer Zivilschutz: Das weltweit grösste Bunkerbauprogramm

Unter anderem bildete das Konzept der Gesamtverteidigung die Grundlage für die darauf folgenden Vorstösse zum Einbezug der Frauen in diese Gesamtverteidigung oder zum verstärkten Ausbau des weltweit grössten Bunkerbauprogrammes des Zivilschutzes. Letzterer setzte es sich zur vornehmen Aufgabe, die gesamte Bevölkerung darauf auszurichten, bei einem befürchteten atomaren Angriff organisiert und diszipliniert in den Untergrund auszuweichen, wo sie abwarten sollte, bis sie nach behördlicher Entwarnung wieder in das – notabene weitgehend atomverseuchte – Oberland würde auftauchen können. Der Bericht Schmid hatte das die «vertikale Entfernung» der Bevölkerung genannt und im Übrigen gleichzeitig empfohlen, zu prüfen, «wie man Nuklearwaffen herstellen kann».

Der Friedensrat übte als einzige Gruppierung grundsätzliche Kritik an diesem unheimlich totalitären gesell-

schaftlichen Programm, erstmals mit der Junod-Schrift. Mit der unaufhörlichen Ausweitung des Bunkerbauprogrammes und der entsprechend postulierten Dienstverpflichtung befasste sich im Juni 1990 die Broschüre *Endlos weiter in die Bunkergesellschaft?*

Einem weiteren Bereich der Gesamtverteidigung widmete sich eine Broschüre des Friedensrates im Zusammenhang mit der zweiten von unzähligen noch folgenden Revisionen des schweizerischen Asylgesetzes im Oktober 1985. In *Gesamtverteidigung gegen die Flüchtlinge* kritisierte der SFR vehement den «Gesamtverteidigungsfall Flüchtlinge», der sich hinter den in der Gesetzesänderung öfters formulierten «Ausnahmesituationen» verbarg. Konkret etwa in Artikel 9, der vorschlug, «in Zeiten erhöhter internationaler Spannungen oder bei Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes, an dem die Schweiz nicht beteiligt ist, sowie bei grossem Zustrom von Asylgesuchstellern in Friedenszeiten, der die Aufnahmemöglichkeiten des Bundes und der Kantone übersteigt, den Flüchtlingen so lange Asyl zu gewähren, als dies nach den Umständen möglich ist».

«Mitwirkung der Frau» in der Gesamtverteidigung

Im Zentrum des Widerstandes gegen die totale Verteidigung stand der Versuch in den 1980er-Jahren, die Schweizerinnen, die erst seit 1971 stimm- und wahlberechtigt waren, in einer Form der Gesamtverteidigung zu verpflichten. Drei behördliche Berichte spielten dabei eine wegweisende Rolle. Unter der bis 1976 als Chefin des damaligen militärischen Frauenhilfsdienstes (FHD) tätigen Andrée Weitzel wurde eine erste Studie zur Einführung einer allgemeinen Frauendienstverpflichtung erarbeitet und 1979 unter dem Titel *Die Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung* veröffentlicht. Die damalige SFR-Sekretärin Christine Perren verfasste im September des gleichen Jahres als Antwort eine Broschüre zu *Frauen und Militär*, die die Grundlage für eine breite Protestbewegung von Frauen gegen ihre Vereinnahmung durch die Gesamtverteidigungsideologen bildete. Ein Jahr später folgte eine zweite SFR-Publikation zu den Weitzel-Vorschlägen unter dem programmatischen Titel *Wir passen unter keinen Helm!*

Vorerst unbeeindruckt von der mässigen Begeisterung der Schweizer Frauen für eine frauliche «Mitwirkung», setzte die damalige Zentralstelle für



Gesamtverteidigung im April 1981 eine weitere Studiengruppe unter dem Vorsitz der Soziologin Ruth Meyer ein, um den Weitzel-Bericht zu vertiefen. Der Meyer-Bericht, der in eine offene Vernehmlassung geschickt wurde, schlug dabei drei auf Freiwilligkeit und fünf auf einem Obligatorium beruhende Frauendienste in der Gesamtverteidigung zur Auswahl vor. Dazu gehörten ein obligatorischer Schulunterricht zur Gesamtverteidigung für Mädchen und Knaben, eine Dienstpflicht für Frauen bestimmter Berufe (im Gesundheitswesen, in der wirtschaftlichen Landesversorgung und der öffentlichen Verwaltung), eine allgemeine Dienstpflicht bei einmaliger Dienstleistung für die Grundausbildung sowie eine solche bei wiederholten Dienstleistungen.

Vehemente Ablehnung von obligatorischen Diensten

Bis Ende 1984 gingen bei der Zentralstelle für Gesamtverteidigung nicht weniger als 4400 Stellungnahmen von über 400 Organisationen und 3900 Privatpersonen ein. Mit einem klaren Resultat: Mehrheitliche Ja-Stimmen zur Freiwilligkeit, überdeutliches Nein zu jeglichen Obligatorien. Daraufhin beauftragte der Bundesrat 1985 die gleiche Ruth Meyer mit einem zweiten Bericht, «um konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der Mitwirkung der Frauen in der Gesamtverteidigung» zu unterbreiten.

Meyer formulierte 28 Empfehlungen, die aber sämtliche im Rahmen der



Fortsetzung Seite 18



Der berühmte Pavillon der Armee von Carl Moschinger an der Expo 64 in Lausanne. Igelstellung nach aussen wie innen auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges.

Fortsetzung von Seite 17

Freiwilligkeit erfolgen sollten. Allerdings hielt sie fest, dass, «falls die Massnahmen im Hinblick auf eine freiwillige Mitwirkung mittelfristig keine genügenden Resultate ergeben, die schrittweise Einführung eines Obligatoriums zu prüfen ist». Zu dieser erhofften Aufwertung von Frauen-Diensten in der Gesamtverteidigung gehörten neben dem früheren Frauenhilfsdienst FHD und dessen Nachfolger Militärischer Frauendienst MFD (heute: Dienststelle Frauen in der Armee FDA) der Rotkreuzdienst RKD, der Zivilschutz und der Koordinierte Sanitätsdienst KSD.

Im Sand verlaufen

Der Friedensrat organisierte damals schweizweit gemeinsam mit Frauenorganisationen verschiedene Veranstaltungen und Konferenzen zu den Vorstössen für eine Frauendienstpflicht und veröffentlichte in Zusammenarbeit mit einer antimilitaristischen Frauengruppe im September 1983 die Broschüre *Kein Ort für Frauen – Argumente gegen den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung*. Friedensrats-Sekretärin Stella Jegher setzte die Arbeit in diesem Themenbereich fort und gab sechs Jahre später, im April 1989, kurz vor dem Fall der Berliner Mauer, die umfangreiche Publikation unter dem fast gleichen Titel *Kein Ort für Frauen – immer weniger* heraus, die im

Untertitel die Richtung wies: «Wider den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung.»

Nachdem im Herbst des gleichen Jahres der Kalte Krieg ein Ende fand, wurden die meisten der frauenbezogenen Gesamtverteidigungspläne zu Makulatur. Es gab zwar auch nachher immer wieder Versuche, die Frauen irgendwie zu Dienstpflichten «an der Allgemeinheit» zu bewegen, sie verliefen jedoch regelmässig im Sand.

Frühe Einbettung von Journalisten

Es gab noch eine Menge anderer ziviler Berufsgattungen, die in die Gesamtverteidigung integriert werden sollten, so die Menschen im Kulturgüterschutz,

die Priester in der «Koordinierten Seelsorge» oder die Journalisten, für die eine eigene «Abteilung für Presse und Funk» (APF) gebildet wurde, deren «eingebettete» Journalisten in Krisenzeiten die Steuerung der behördlichen Information zu leisten hatten. Die APF und das seit 1997 dazugehörige Informationsregiment 1 wurden erst 2004 aufgelöst.

Im Dezember 1979 wurde bekannt, dass auch den LehrerInnen besondere Aufgaben im Rahmen der Gesamtverteidigung hätten übertragen werden sollen. Eine Kommission «Jugend und Landesverteidigung» der Zentralstelle für Landesverteidigung hatte zuhanden des Militärdepartementes einen vertraulichen Bericht verfasst, der unter anderem vorschlug, Sofortmassnahmen für den Bund (Informationsschriften und audiovisuelle Mittel für den Unterricht der Jugend, z.B. eine Unterrichtsreihe «Sicherheit, Bedrohung und Verteidigung») zur Verfügung zu stellen und die Kantone aufzufordern, Lehrerfortbildungskurse für Sicherheitspolitik zu organisieren.

Erst nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 lösten sich nach und nach die Bausteine einer Gesamtverteidigung auf. Das unglaubliche Bunkerbauprogramm des Zivilschutzes wurde weitgehend eingestellt, der Zivilschutz selber nicht, er wurde jedoch zum Bestandteil des Katastrophenschutzes erklärt und damit zurückgestuft.

SFR-Publikationen zur Gesamtverteidigung

- **Gesamtverteidigung... ein Trugschluss?** Robert Junod, Vorwort von Arthur Villard. 84 Seiten, Dezember 1971.
- **Frauen und Militär.** Der Weitzel-Bericht, die Rolle des BSF und der Widerstand gegen die Integration der Frauen in die Gesamtverteidigung. Christine Perren. 28 Seiten, September 1979.
- **Wir passen unter keinen Helm!** Kurzfassung des Weitzel-Berichts und Kritik an den Vorschlägen zur Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung. 28 Seiten, November 1980.

- **Kein Ort für Frauen.** Argumente gegen den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung. Hrsg. von den Virus-Frauen. 48 Seiten, September 1983.
- **Gesamtverteidigung gegen die Flüchtlinge?** Die zweite Asylgesetzrevision – ein Irrweg! 28 Seiten, Oktober 1985.
- **Kein Ort für Frauen – immer weniger.** Wider den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung. 56 Seiten, April 1989.
- **Endlos weiter in die Bunkergesellschaft?** Zivilschutz ohne Perspektive. 32 Seiten, Juni 1990.

Handeln statt Hoffen

80 Jahre SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT 1945 – 2025

Jubiläumsveranstaltung
Samstag, 6. Dezember 2025, 11 – 19 Uhr

Kirchgemeindehaus Aussersihl, Saal Dorothee Sölle
Stauffacherstrasse 8, Zürich

Programm

11.00 Uhr Begrüssung

11.15 Uhr 80 Jahre Schweizerischer Friedensrat

Blick zurück

Mit Stella Jegher, ehemalige Sekretärin des SFR

Podiumsgespräch zur Geschichte des Schweizerischen Friedensrates

12.00 Uhr Open Space

Friedensorganisationen stellen sich vor

Ausstellung 150 Jahre Clara Ragaz

Austausch bei Kaffee und Kuchen

13.00 Uhr Workshops

Workshop 1

Friedensbildung

Mit NN

Workshop 2

Friedensstrategien in Konfliktsituationen

Mit Mandy Abou Shoak, Zürcher SP-Kantonsrätin, Menschenrechtsaktivistin

Workshop 3

Kollektive Sicherheit – wie wird sie gefördert?

Mit Simon Gaus Caprez, Mitbegründer der Umbrella Initiative

15.00 Uhr Kurzpräsentation der Workshopgespräche

15.30 Uhr Input

Friedensvision 2035

Mit Lisa Mazzone, Präsidentin der Grünen Schweiz

Austausch zur Friedensvision 2035

Mit Lisa Mazzone, Stella Jegher, Mandy Abou Shoak, Simon Gaus Caprez

17.00 Uhr Apéro riche, musikalisch umrahmt

Moderation: NoraMae Omotayo Herzog. Änderungen vorbehalten.

Das definitive Programm erscheint Mitte Oktober 2025.

Anmeldung erwünscht an: info@friedensrat.ch, alle Infos: www.friedensrat.ch

Zwischen Reisfeldern und Hoffnung

Das Mekong-Delta im Süden Vietnams zählt zu den weltweit produktivsten Agrarräumen. Auf lediglich zwölf Prozent der Landesfläche wachsen rund 50 Prozent des vietnamesischen Reises, 60 Prozent der Wasserprodukte und über zwei Drittel des Obstes. 17 Millionen Menschen leben direkt im Delta, mehr als 70 Millionen entlang des gesamten Stroms. Doch Dürre, Versalzung, Umweltverschmutzung und geopolitische Machtspiele bedrohen zunehmend die ökologische und wirtschaftliche Balance der Region.

/ Felix Abt /

Ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklungen ist die Staudammpolitik: Im Hauptstrom wurden bisher elf Grossstaudämme errichtet – darunter Xayaburi und Don Sahong in Laos sowie der gewaltige Nuozhadu-Damm in China.

Weitere 120 Anlagen existieren bereits in Nebenflüssen oder sind geplant. Laut der Mekong River Commission sank der Sedimenteintrag infolge dieser Eingriffe von jährlich 160 auf weniger als 50 Millionen Tonnen – mit gravierenden Folgen für Bodenerhalt und Küstenschutz.

Gleichzeitig steigt der Meeresspiegel um drei bis fünf Millimeter pro Jahr, wie das Southern Institute of Water Resources Research feststellt. Bereits heute sind 1,8 Millionen Hektar Ackerland von Versalzung betroffen – mit direkten Konsequenzen für Reisanbau, Aquakultur und Obstproduktion. Hinzu kommt die Bodensenkung: Bis zu fünf Zentimeter jährlich sinkt das Terrain infolge übermässiger Grundwasserentnahme, befeuert durch urbane Ausdehnung und intensive Bewässerung.

Biodiversitätsreservoir Mekong-Delta
Umweltverschmutzung verschärft die

Lage weiter: Jährlich gelangen über eine Million Tonnen Plastikabfälle in vietnamesische Gewässer – ein erheblicher Teil davon ins Delta. Pestizide und industrielle Einleitungen belasten zusätzlich. Seit den 1970er-Jahren wurden über 50 Prozent der Mangrovenwälder abgeholzt – wertvolle Barrieren gegen Stürme und Lebensraum für zahlreiche Arten gingen verloren. Erst 1995 wurde die Mekong River Commission ins Leben gerufen. Doch ohne Chinas Beteiligung bleibt ein überstaatliches Flussmanagement fragmentarisch. Auch der unkontrollierte Sandabbau – teils illegal, bis zu 50 Millionen Tonnen jährlich allein in Vietnam – beschleunigt die Erosion.

Um gegenzusteuern, empfehlen ExpertInnen den Bau sedimentfreundlicher Dämme, wie sie etwa in Norwegen und Kolumbien erprobt wurden. Solche Anlagen ermöglichen den kontrollierten Durchfluss von Sedimenten und helfen,



das ökologische Gleichgewicht des Deltas zu stabilisieren. Zeitgleich braucht es erhebliche Investitionen in Schutzinfrastruktur – etwa in Form von Deichen, Schleusen und Wiederaufforstung von 20'000 Hektar Mangroven bis 2030. Auch sollen 500'000 Hektar Feuchtgebiete unter Schutz gestellt werden – als CO₂-Speicher und Biodiversitätsreservoir.

Intelligente Kreislaufwirtschaft

Ein vielversprechendes Beispiel liefert die Mylan Group unter der Leitung von Nguyen Thanh My. Mit intelligenter Kreislaufwirtschaft gelingt es dem Unternehmen, in der Garnelenzucht den Stromverbrauch um 75 Prozent und den Wasserbedarf um 80 Prozent zu senken. Abfall wird zu Dünger und Pflanzenschutzmitteln recycelt.

Im Reisanbau werden mithilfe von künstlicher Intelligenz CO₂-Emissionen gemessen, Schädlinge erkannt und die Bewässerung präzise gesteuert. Die Kombination von Satellitendaten, IoT (Internet der Dinge) und KI macht solche Technologien selbst für Kleinbauern entlang dem Mekong-Fluss zugänglich – ohne sie finanziell zu belasten. Das Modell wurde kürzlich bei einem Fachseminar zur grünen Landwirtschaft vorgestellt.

Grosser Investitionsbedarf

Technologie allein reicht jedoch nicht. Die politische Realität bleibt herausfordernd. Laos verweist auf sein Entwicklungsrecht, China nutzt Wasserpolitik als geopolitischen Hebel. Vietnam wiederum fehlt es oft an den



Friedenskalender 2026 zur Ernährung der Weltbevölkerung

Bereits zum 30. Mal erscheint 2026 der vom Schweizerischen Friedensrat herausgegebene Postkartenkalender mit Bildern zum Thema Ernährung der Weltbevölkerung. Zwölf abtrennbare farbige Postkarten enthalten Sujets verschiedener FotografInnen.

Weiter informiert der Kalender wie immer über die internationalen Tage der UNO sowie die wichtigsten Friedenstermine des Jahres. Er wird allen Mitgliedern des Friedensrates sowie den Abonnentinnen und Abonnenten der **FRIEDENSZEITUNG** Mitte Oktober zugestellt und kann für 25 Franken unter info@friedensrat.ch nachbestellt werden.

notigen Ressourcen. Die Weltbank schätzt den Investitionsbedarf auf mehrere Milliarden US-Dollar. Erste Projekte werden unterstützt – etwa durch die Asiatische Entwicklungsbank, die Neue Entwicklungsbank oder das ASEAN Smart Cities Network. Kürzlich trafen sich auch die Premierminister Vietnams und Chinas, um Wege zur Flusskooperation auszuloten.

Dennoch braucht es mehr als Diplomatie und Geld. Ein tiefgreifender Wandel ist nötig – weg vom kurzfristigen Ertrag, hin zu nachhaltigem Ressourcenmanagement. Nur wenn Technik,

Naturschutz und gesellschaftliches Engagement ineinandergreifen, kann dem Mekong geholfen werden. Und mit ihm jenen, die tagtäglich von seinem Wasser leben.

Bild Seite 20 links: Das Mekong-Delta ist nicht nur Reisschüssel, sondern auch Brotkorb für Obst- und Gemüsebauern (Foto Felix Abt).

Felix Abt ist ein in Vietnam lebender Unternehmer, Autor (felixabt.substack.com) und Reiseblogger (youtube.com/@lixplore).

Kloster Kappel

Tagung
Schule des Friedens

Podien, Ateliers, Gespräche, Banquet républicain
und interreligiöse Feier

Samstag, 20. September 2025
Sonntag, 21. September 2025

www.klosterkappel.ch

reformierte
kirche kanton zürich

Tagung zum Eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag Schule des Friedens

Wie können wir in der aktuellen Welt ernsthaft und plausibel von Frieden sprechen? Diese Frage scheint in Anbetracht der Drohkulissen aus Ost und West gerade komplex. Ist der gegenwärtige Konsens nach europäischer und weltweiter Aufrüstung friedensfördernd? Was wären Alternativen? Was ist die Rolle der Schweiz? Was kann ich tun?

Über solche Fragen reflektieren wir mit vielen anderen zusammen und tauschen uns darüber aus, was für unsere Zeit angesagt oder sogar notwendig ist.

Programm

Samstag, 20. September

- 09:00 Kaffee, Gipfeli, Welcome Desk
- 09:30 Begrüssung
- 09:40 «Story telling» mit Shirine Dajani (Palestin Solidarity Schweiz), Saghi Gholipour (Free Iran), Sasha Volvok (Ukrainischer Verein der Schweiz), Polina Sommer (Art of Peace), Aresu Rabbani (Afghan Women Association Switzerland)
- 10:30 Podium «Frieden, aber wie?» mit Saghi Gholipour (Free Iran), Sasha Volvok (Ukrainischer Verein der Schweiz), Polina Sommer (Art of Peace), Aresu Rabbani (Afghan Women Association Switzerland), Adina Rom, Jürg Bräker (Konferenz der Mennoniten der Schweiz), Moritz Haegi (Uni Basel), Oliver Fink (swisspeace)
- 11:30 Interaktion «Fragespiel»
- 12:00 Tagzeitengebet für jene, die das möchten
- 12:30 Mittagessen
- 14:00 und 15:15 Ateliers

- 1) «Frieden beginnt im Körper» mit Leela Sutter
- 2) «Geschichte, Aktualität und Zukunft des Zivildienstes» mit Maria Ackermann
- 3) «Friedenspolitik und Demokratieförderung, wenn beide nicht funktioniert, sollte bei uns kein Gefühl der Ohnmacht zurückbleiben» mit Dr. Yahya Hassan Bajwa

- 4) «WILPF, Frauen, Frieden, Sicherheit von 1915 bis heute. Was nehmen wir mit?» mit Helena Nyberg und Blanca Maria Müller Lagunez (nur Sa 14:00 Uhr)
- 5) «Wer zum Schwert greift... Friedensvisionen der Bibel» mit Angela Wäffler-Boveland
- 6) «Zurückfinden zum Frieden im Mandalas legen» mit Luzia Maria Ledergerber
- 7) «Auf der Suche nach dem Frieden – Werkstattgespräche zu einer Friedenscharta für die schweizerische Zivilgesellschaft» mit Christoph Albrecht und Esther Gisler Fischer
- 8) «Siedlerkolonialismus im Westjordanland» mit Moritz Haegi, Shirine Dajani und Adina Rom
- 16:30 Plenum
- 18:00 Tagzeitengebet
- 18:30 Banquet républicain mit Tischreden von Jacqueline Keune, Moritz Haegi, Verena Mühlethaler, Thomas Wallimann

Sonntag, 21. September

- 07:45 Tagzeitengebet
- Ab 07:30 Frühstück
- 10:00 Interreligiöse Feier in der Klosterkirche mit Pfrn. Irene Girardet, Rabbiner Ruven Bar Ephraim, Dr. Yahya Hassan Bajwa, Diakon Matthias Kühle-Lemanski, Imam Kaser Alasaad, Jeganathan Periyathamy, Pfr. Andreas Nufer und Vertreterinnen und Vertreter aus weiteren Religionsgemeinschaften, Musik Tanya Birri
- 10:00 Ateliers
- 1) «Frieden beginnt im Körper» mit Leela Sutter
- 2) «Geschichte, Aktualität und Zukunft des Zivildienstes» mit Luca Dahinden
- 3) «Was ist feministische Friedens- und Sicherheitspolitik?» mit Blanca Maria Müller Lagunez, Helena Nyberg und Esther Gisler Fischer; Women's International League for Peace and Freedom WILPF
- 4) «Zurückfinden zum Frieden im Mandalas legen» mit Luzia Maria Ledergerber
- 5) «Exkursion zu den beiden Kappeler-Denkmalen» mit Karl Flückiger
- 12:30 Mittagessen

Leben in Israel seit dem 7. Oktober 2023

Die bekannte Friedensaktivistin Lizzie Doron, die ihr Leben lang gekämpft hat für einen Frieden zwischen Israel und Palästina, für ein Nebeneinander und nicht ein Gegeneinander, für Freiheit und Demokratie, muss sich nach dem 7. Oktober 2023 völlig neu orientieren. Nichts ist mehr, wie es war. Denn «es ist Krieg, Krieg, Krieg, sage ich auch mir selbst immer wieder». Am 7. Oktober 2023, um 6:29 Uhr, beginnt sie ihre tagebuchartigen Aufzeichnungen, die im Frühjahr 2025 bei dtv auch auf Deutsch erschienen sind, sorgsam und feinfühlig aus dem Hebräischen übertragen von Markus Lemke.

Die Welt, die es gab, gibt es nicht mehr

Den Band hat die israelische Autorin, die teils auch in Berlin lebt, in fünf Teile gegliedert: Herbstsaat, Winterlast, Frühlingstrauer, Sommerdornen, Jahrzeit. Es ist der Versuch, eine Ordnung in etwas zu bringen, für das es keine Ordnung gibt. Der 7. Oktober 2023 ist

überall präsent, ein «Leben in Israel seit dem 7. Oktober» – so der Untertitel – muss täglich neu gesucht werden. Lizzie Doron lässt die LeserInnen teilhaben an dem, was sie zutiefst aufwühlt. Wie lassen sich Möglichkeiten finden zu leben in diesem Land, das einmal gegründet wurde, um Jüdinnen und Juden Sicherheit zu bieten, und das sich als so verletzlich erwiesen hat, wie es sich niemand hatte vorstellen können.

In ihren persönlichen Aufzeichnungen erzählt die Autorin von ihrem Familienleben und wie sich dieses verändert hat, etwa weil ein Neffe, der in den USA lebt, «ein Video von sich hochgeladen (hat), auf irgendeinem Campus schwingt er eine Rede über den Genozid, den die israelische Armee angeblich in Gaza verübt (...). Über das, was am 7. Oktober in Israel passiert ist, kein Wort.» Sie selbst ist verunsichert, möchte, dass die ganze Familie sich wie immer einmal im Monat am Freitagabend trifft, und weiss doch, dass es nicht gehen

wird, nicht mehr. Doron braucht Zeit, bis sie die Mails, die ihr der Neffe auch nach dem Eklat schreibt und mit denen er Facebook-Nachrichten von seinen FreundInnen in Gaza mitschickt, zu lesen, und noch länger, bis sie antwortet. Resigniert hält sie fest: «Die Welt, die es einmal gab, gibt es nicht mehr.»

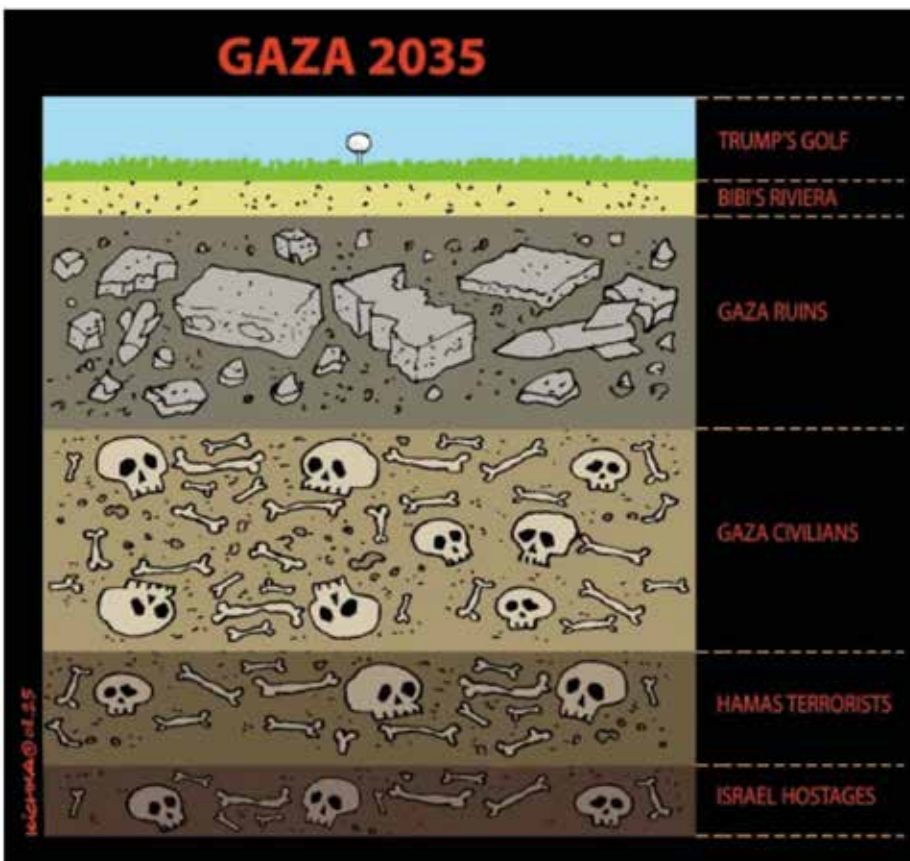
Erinnerungsprojekt

Lizzie Doron bleibt Aktivistin. Immer wieder gehen sie und ihr Mann auf die Demonstrationen, nicht teilzunehmen sei keine Option. Sie fordern die sofortige Befreiung der Geiseln und eine Ablösung der Regierung. Oder aber sie verfasst Nachrufe für die Opfer des Massakers. Das Erinnerungsprojekt sammelt die veröffentlichten Namen, und eine Gruppe von Freiwilligen recherchiert Einzelheiten und Geschichten für jede und jeden von ihnen. Anhand dieser Informationen verfassen Schreibende jeweils einen Nachruf. Doron bekommt eine Liste mit mehr als dreissig Namen und betet: «Grosser Gott, mach, dass ich niemanden von ihnen kenne.»

Ein Jahr später wird ein Ehepaar bei ihnen an der Wohnungstür läuten, um die zum Verkauf ausgeschriebene Wohnung zu besichtigen. Seine Frau brauche ein grosses Zuhause mit fünf Zimmern. Und es stellt sich heraus, dass ein Zimmer für die verstorbene Tochter bestimmt ist. Als sie gegangen sind, durchfährt sie die Erkenntnis: «Yarin P., Soldatin, zwanzig Jahre alt, aus dem Kibbuz Be'eri.» Die Rettungssanitäterin war Nachruf Nummer 14.

In Lizzie Dorons Aufzeichnungen seit dem 7. Oktober 2023 fehlen Hinweise, wie der Krieg beendet werden könnte. Sie zeigen, wie tief die Gräben sind, die aufgerissen wurden, wie verletzt die Menschen sind und wie sehr alle Gewissheiten seither infrage gestellt sind und bleiben.

Liliane Studer



Lizzie Doron: Wir spielen Alltag. Leben in Israel seit dem 7. Oktober. Aus dem Hebräischen von Markus Lemke. dtv, München 2025. 160 Seiten, Fr. 30.90.

Das System der totalen Ausbeutung

/Christine Voss/

Der Anblick ist für Reisende aus Europa, die sich in die ländlichen Gebiete von Süditalien verirren, schockierend: Auf einem dünnen Stück Land reihen sich dicht gedrängt Baracken und Zelte aneinander, notdürftig aus Holzstücken, Plastikplanen und Tuchfetzen zusammengebastelt. «Ich dachte, dass ich mich irgendwo in einem Slum im Globalen Süden befinde und nicht mehr in Europa», so beschreibt Pfarrerin Verena Mühlethaler von der Citykirche Offener St. Jakob in Zürich ihre Eindrücke. Sie reiste 2023 mit einer Gruppe sozial engagierter Frauen und Männer in die Gegend von Apulien und Kalabrien, um sich selber ein Bild von der katastrophalen Situation machen zu können, in der die Plantagenarbeiter im südlichen Italien leben. «Es gibt keine sanitären Anlagen, keinen Strom, kein sauberes Trinkwasser. Es herrschen unvorstellbare Armut und Elend», erzählt sie.

Zentren der Mafia

Was spielt sich auf diesen Plantagen ab, auf denen vor allem Tomaten für den Billigverkauf im Detailhandel produziert werden? Weil kaum noch Einheimische die schlecht bezahlte, harte Arbeit in der südlichen Sommerhitze leisten wollen, werden für die Plantagenarbeit Migranten – selten auch Migrantinnen für leichtere Arbeiten – angestellt. Rund 500'000 Erntehelfer verrichten Schwerstarbeit unter dem Diktat von mafiösen Organisationen, die grosse Teile des süditalienischen Tomatenanbaus unter ihre Kontrolle gebracht haben.

Die Mafia fängt in Süditalien nicht nur Arbeitssuchende aus anderen Kontinenten ab, sondern auch Geflüchtete bereits bei der Ankunft und bringt sie in die sogenannten Ghettos, von der Umwelt abgeschottete Camps, von wo aus kaum mehr Möglichkeiten zum Entkommen bestehen. Von den Ghettos aus werden die Tomatenpflücker täglich auf die Plantagen verfrachtet, wo sie zu einem Lohn von vier Euro pro Tag (nicht pro Stunde!) arbeiten. Sollten sie es wagen, sich dagegen aufzulehnen, verfällt ihre Arbeitserlaubnis, die meist eben-

falls von der Mafia eingeholt wurde. So leben sie in einem Teufelskreis von totaler Abhängigkeit und Ausbeutung.

Aufstand der Tomatenklaven

Doch es gibt auch Hoffnungszeichen. Als der bekannte Film- und Theaterregisseur Milo Rau 2020 seinen Film «Das neue Evangelium» in Süditalien drehte, nahm er zuerst Kontakt mit dem Kameruner Studenten Yvan Sagnet auf. Im Internet war er auf Berichte über Sagnets Aktionen gestossen, die ihn tief beeindruckt hatten. Sagnet hatte während eines Studienjahrs in Italien die Not der Plantagenarbeiter kennengelernt und sich daraufhin durch die Organisation von Streiks dafür eingesetzt, dass die Öffentlichkeit erstmals davon erfuhr, was sich hinter den Kulissen der Tomatenproduktion abspielte. Aufgrund dieser Ereignisse übersetzte Rau seine Passionsgeschichte in die heutige Zeit und liess die ErntehelferInnen ihre eigenen Erfahrungen spielen – in der Rolle der durch Rom geknechteten Bevölkerung des damaligen Israels.

So wurden die Missstände auf den Plantagen weit über die Grenzen Italiens hinaus bekannt. Gleichzeitig unterstütz-

te Rau die Anstrengungen von Sagnet, eine Alternative zu den «Mafia-Tomaten» aufzubauen. Die fair produzierten Tomaten sind in der Schweiz zurzeit erst in einigen Bio- und claro-Läden als Konserven erhältlich und tragen das Label «No Cap», abgekürzt für «ohne Caporali produziert». Caporali sind die von der Mafia angestellten Arbeitsvermittler und Kontrolleure auf den Plantagen.

Auf den der Mafia entzogenen Ländereien erhalten die ErntehelferInnen einen legalen Aufenthaltsstatus, arbeiten nach den Vorgaben der italienischen Arbeitsgesetze und erhalten Unterkunft in Wohncontainern, die mit Strom- und Wasseranschluss sowie einer kleinen Küche und Toilette ausgestattet sind. «Mein Ziel ist es, noch viele weitere Arbeiter und Arbeiterinnen auf No-Cap-Plantagen anstellen zu können», sagt Yvan Sagnet. «Aber dafür müssen wir einen grösseren Kreis von Konsumentinnen und Konsumenten dafür gewinnen, diese Tomaten zu kaufen.»

Ausführlichere Angaben finden sich im Journal der «Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung». Zu finden unter thebe.ch/images/Erwägungen/Erwägungen_1-2025.pdf. Weitere Auskünfte über christine.b.voss@icloud.com



Unterkünfte der ausländischen Erntehelfer in Süditalien.

Die Frage nach der Mitverantwortung

/ Halyna Petrosanyak /

Seit Beginn der gross angelegten Invasion Russlands in die Ukraine im Februar 2022 lehnen die meisten ukrainischen Kulturschaffenden und KünstlerInnen gemeinsame Diskussionsplattformen mit russischen KünstlerInnen und Intellektuellen ab – selbst mit jenen, die sich als Oppositionelle zum Putin-Regime verstehen. West- und mitteleuropäische Kulturinstitutionen sowie viele BürgerInnen westlicher Länder haben dafür oft kein Verständnis. Ihrer Meinung nach sollten ukrainische Intellektuelle mit russischen Anti-Putin-AkteurInnen, die den Angriffskrieg gegen die Ukraine ablehnen, aktiv kooperieren und öffentliche Diskussionen auf westeuropäischen Plattformen führen.

Keine falsche Gleichheit

Was ist daran problematisch? Vieles. Eine gemeinsame Präsenz auf einer Bühne suggeriert eine falsche Gleichheit. Die Situation der russischen antiputinistischen Intellektuellen ist jedoch in keiner Hinsicht mit jener von ukrainischen Intellektuellen vergleichbar. Es sind nicht

die russischen RegimegegnerInnen, die am 24. Februar 2022 in einem brutal angegriffenen Land im eigenen Haus unter Raketenbeschuss aufgewacht sind. Russische Intellektuelle haben aber während Jahrzehnten das putinistische Regime in ihrem Land geduldet oder konnten es nicht verhindern.

Gleichzeitig genossen sie in den westlichen Ländern grosse Aufmerksamkeit. Während in den westlichen Medien die wichtigsten Botschaften über die Ukraine nicht von den Anstrengungen des Landes handelten, sich aus der russischen postkolonialen und imperialistischen Abhängigkeit zu befreien, sondern von der Korruption im Land. Von russischer Korruption und ihrer internationalen Verflechtung dagegen hörte man deutlich weniger.

Nach Butscha, Irpin, Borodjanka und Isjum können ukrainische Intellektuelle kein gemeinsames Podium mit RussInnen, auch nicht mit oppositionellen, teilen. Umso mehr, als nur sehr wenige Putin-KritikerInnen bereit sind anzuerkennen, dass ihr Land auch nach dem Zerfall der Sowjetunion ein Imperium geblieben ist. Jakutien, Burjatien, Basch-

kortostan, Dagestan, Tschetschenien, Tatarstan, Udmurtien und viele andere als «autonom» bezeichnete Republiken und Regionen der heutigen Russischen Föderation haben ihre je eigene Sprache und Kultur, die unterdrückt und durch das Russische verdrängt oder bedroht werden. Heute werden Angehörige russländischer Minderheiten überproportional zahlreich im Krieg eingesetzt, während die BewohnerInnen des europäischen Teils des Landes den Krieg kaum spüren. Ohne die Befreiung dieser Völker wird Russland weiterhin eine Bedrohung für Europa bleiben.

Gegen die Tradition russischer Überheblichkeit

Langjährige Erfahrungen der ukrainischen Kommunikation mit russischen Oppositionellen zeigen, dass die russische Perspektive nur in seltenen Fällen völlig frei von Chauvinismus, Imperialismus und Kolonialismus ist. Ein Phänomen, das seit vielen Generationen andauert. Russische Intellektuelle und KünstlerInnen, die aufgrund verschiedener Verdienste grosse Anerkennung in der west- und mitteleuropäischen Welt erhielten, waren in den meisten Fällen nicht frei vom imperialen kognitiven Erbe. Dies wird durch einen in der Ukraine gut bekannten Aphorismus verdeutlicht: «Der russische Liberale endet dort, wo die ukrainische Frage beginnt.»

Drei prominente Vertreter der russischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts sind Beispiele dafür, wie tief imperialistische und chauvinistische Ideologie das russische Gedankengut durchdrungen hat. Beginnen wir mit Fjodor Dostojewski (1821–1881), der als einer der grössten Schriftsteller der Weltliteratur gilt und bis heute sowohl von putinistischen als auch von oppositionellen russischen Intellektuellen als eine führende Figur der russischen Kultur angesehen wird. Dostojewski war von einer besonderen Mission Russlands gegenüber allen slawischen Völkern und auch der ganzen Welt überzeugt.

«Erneuerung durch die russische Idee»

In einem Brief an seinen Freund Majkow im Februar 1868 schreibt Dostojewski



Der ukrainische Autor Mike Johansen mit dem russischen Futuristen Wladimir Majakowski.

aus Genf: «Der ganzen Welt steht eine Erneuerung durch die russische Idee bevor, ... das ist mein heiliger Glaube. Aber damit sich dieses Werk vollende, ist es nötig, dem grossrussischen Volk politisches Recht sowie Vorrang gegenüber der gesamten slawischen Welt zu gewähren, und zwar endgültig und unwiderruflich.»¹ Auch ein Jahr vor seinem Tod verzichtete Dostojewski nicht auf seine messianischen Vorstellungen. In der Rede zur Eröffnung des Puschkin-Denkmal 1880² vertritt er, dass Russland eine besondere historische Mission habe, die andere Völker vereinen solle. Russland wird von Dostojewski als Zentrum einer grösseren geistigen Gemeinschaft präsentiert. Die Brüderlichkeitsrhetorik des Schriftstellers stellt Russland als älteren Bruder vieler Völker dar.

In Dostojewskis Briefen finden sich auch zahlreiche Belege für Rassismus, Antisemitismus sowie eine herablassende Haltung gegenüber westeuropäischen Ländern, in denen der Schriftsteller viel Zeit verbrachte. Nichtsdestotrotz dient der Dostojewski-Mythos auch heute dem positiven Image Russlands und hilft, die koloniale und imperialistische Haltung des putinistischen Russlands – oft aber auch der russischen Opposition – zu vertuschen und zu verharmlosen.

Stalins imperialistische Perspektive auch bei SchriftstellerInnen

1917 zerfiel das Russische Reich, und in der neu gegründeten Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurde marxistischer Internationalismus proklamiert. Es wurde entschieden, in den Sowjetrepubliken die nationalen Sprachen und Kulturen zu fördern, um lokale Wähler für die Kommunistische Partei zu gewinnen und nach aussen attraktiv zu wirken. In der Realität jedoch setzte sich mit der Machtübernahme Stalins eine imperialistische Perspektive durch.

So hielt einer der bekanntesten Vertreter der sozialistischen Literatur und Mitbegründer des Sozialistischen Realismus, Maxim Gorki (1868–1936), dessen Name bis heute ein renommierter Theater in Berlin trägt, es 1928 für unnötig, dass sein Werk *Die Mutter* ins Ukrainische übersetzt werde. Er begründete dies damit, dass das Ukrainische als Sprache nicht existiere, es sei bloss ein Dialekt³ – obwohl Gorki, der mehrmals die Ukraine besuchte und viele ukrainische Bekannte hatte, genau wusste, dass dies so nicht stimmte.

Keine gemeinsamen Auftritte mit russischen Kulturschaffenden

Gegen-, mit- und nebeneinander

Es gibt die ukrainischen SchriftstellerInnen: Sie schreiben Romane, Gedichte, Essays, sie schreiben ukrainisch, sie schreiben gut. Im Westen wussten wir lange kaum etwas von ihnen. Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der bereits dreieinhalb Jahre andauert, lernen wir langsam eine reiche Literatur mit einer langen Geschichte kennen, dank Übersetzungen ins Deutsche, dank Vermittlung durch ukrainische Kulturschaffende und PublizistInnen.

Dass es eine umfang- und einflussreiche, auch im Westen hochgeschätzte Literatur in russischer Sprache gibt, ist im deutschsprachigen Raum bekannt. Seit der Krim-Annektierung 2014 durch Russland und vielmehr noch seit Februar 2022 werden zudem russische Stimmen lauter, die sich auf die Seite der Ukraine stellen und gleichzeitig die russische Literaturtradition würdigen.

Sie verweisen auf wichtige Werke zeitgenössischer Literatur in russischer Sprache, sie betonen, dass sie sich ihre Sprache – also Russisch – nicht nehmen lassen und dass Schreiben auf Russisch nicht heissen muss, Russland und seine Politik zu unterstützen. Mit solchen Aktionen soll der Zensur von Büchern im heutigen Russland etwas entgegengesetzt werden, wie der russisch-schweizerische Autor und Publizist Michail Schischkin in der letzten **FRIEDENSZEITUNG** (Juni 2025) ausführte.

Diese Positionierung teilen zahlreiche ukrainische Kulturschaffende und Intellektuelle nicht. Sie verlangen von russischen Kulturschaffenden, dass sie sich der «Frage nach der Mitverantwortung» – so der Titel des Beitrags von Halyna Petrosanyak in dieser **FRIEDENSZEITUNG** – stellen und sich von verschiedenen Geschichtsfälschungen in ihrem Land verabschieden. In der Konsequenz verweigern sie gemeinsame Auftritte mit russischen KollegInnen, auch wenn sie nichts gegen sie persönlich haben.

Die ukrainische Autorin Halyna Petrosanyak, die wie Michail Schischkin seit mehreren Jahren in der Schweiz lebt und nicht geflüchtet ist, schreibt wie Schischkin seit dem Krieg in der Ukraine regelmässig in der **FRIEDENSZEITUNG**. In dieser Ausgabe erläutert sie in ihrem Beitrag grundsätzlich und detailliert, welche Hintergründe zu der radikalen Haltung führen, keine Veranstaltungen gemeinsam mit russischen KünstlerInnen zu bestreiten, eine Haltung, die sie nicht nur vertritt, sondern selbst lebt. Ihr Text kann auch als Antwort auf Schischkins Ausführungen in der **FRIEDENSZEITUNG** von Juni 2025 gelesen werden. Die Redaktion unterstützt ausdrücklich solche Formen der Diskussion, basierend auf einer grundsätzlichen gegenseitigen Wertschätzung, und wird sie auch in Zukunft fortsetzen.

Liliane Studer

Die rasante Ukrainisierung in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik ging dem russischen Chauvinisten Gorki zu weit. In den frühen 1930er-Jahren betrieb Gorki zudem aktive Propaganda für die offizielle Politik der bolschewistischen Partei. Sowjetische Straflager bezeichnete er als «ein beispielloses, fantastisch gelungenes Experiment zur Umerziehung gesellschaftlich gefährlicher Menschen».⁴

Prominentes Beispiel Solschenizyn

Selbst jene russischen Persönlichkeiten, Künstlerinnen und politischen Aktivisten, die erheblich unter dem sowjetischen Regime gelitten hatten, in Lagern

inhaftiert waren und eine Erneuerung ihres Landes anstrebten, waren nicht frei vom grossrussischen Imperialismus und Chauvinismus. Ein prominentes Beispiel ist Alexander Solschenizyn (1918–2008), der jahrelang in stalinistischen Lagern inhaftiert war und den Roman *Archipel Gulag* schrieb, für den er 1970 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. In seiner berühmten Harvard-Rede 1978 kritisierte Solschenizyn scharf die westliche Demokratie, und 2007 nahm er die Staatsauszeichnung von Putin entgegen – einem ehemaligen KGB-Mitarbeiter, der exemplarisch für das Regime steht,

Fortsetzung Seite 26

das Solschenizyn zunächst jahrzehntelang seiner Freiheit beraubte und ihn schliesslich ins Exil trieb.

Ganz im Sinne der imperialistischen Ideologie konnte der Gegner des Sowjetsystems Solschenizyn sich Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht ohne die Ukraine vorstellen. Schon 1990 schrieb er in dem Artikel «Wie wir Russland ausrüsten sollen», dass er selbst fast halb Ukrainer und in jungen Jahren mit der ukrainischen Sprache aufgewachsen sei. Doch die ukrainische Geschichte leugnete er hartnäckig: «Das ist alles eine kürzlich erfundene Fälschung, dass seit fast dem 9. Jahrhundert eine besondere ukrainische Nation mit einer besonderen nicht-russischen Sprache existiert.»

Die Tatsache, dass im frühmittelalterlichen Kyjiwer Rus' Altkirchenslawisch (Altbulgarisch) als Schriftsprache und als Umgangssprachen unterschiedliche regionale Idiome verwendet wurden, interessierte Solschenizyn nicht sonderlich. Ebenso wenig beachtete er, dass es ab dem 14. Jahrhundert bis zur Herrschaft Peters des Grossen (1689–1725) kein «Russland» gab und seine westlichen Gebiete unter dem Namen Moskowien bekannt waren. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts begann Moskowien mit den Annexionen der eigentlichen Rus' und riss später auch den Namen Rus' an sich.

Solschenizyns Warnungen erinnern an Putin-Sprech

2006 erklärte Solschenizyn in einem Interview mit der *Moskowskie nowosti* («Moskauer Nachrichten», Nr. 15/2006), dass der Westen offen die «Farbrevolutionen» unterstütze und versuche, die nordatlantischen Interessen in Zentralasien durchzusetzen. Nach seiner Meinung liess all dies keinen Zweifel daran, dass «eine vollständige Einkreisung Russlands vorbereitet wird, gefolgt von einem Verlust seiner Souveränität». Er fuhr fort:

«Die riesigen Gebiete, die nie zur historischen Ukraine gehörten, wie Noworossien, die Krim und die gesamte Südostregion, sind gewaltsam in den Bestand des heutigen ukrainischen Staates und seiner Politik des gierig gewünschten Nato-Beitritts eingegliedert worden (...). Unter all diesen Bedingungen darf Russland in keiner Form gleichgültig gegenüber der mehrmillionenstarken russischen Bevölkerung in der Ukraine

sein, sich von unserer Einheit mit ihnen distanzieren.» Es klingt, als sage es Putin selbst. Doch hier meldet sich ein Mann zu Wort, der in Westeuropa als Symbol des russischen geistigen Widerstands gegen die sowjetische Diktatur gilt.

Solschenizyn erlebte die Annexion der Krim nicht mehr. Doch seine Ehefrau Natalja Solschenizyna sagte am 20. März 2018 in einem Interview der Zeitschrift *Le Figaro*: «Trotz des umstrittenen Ansatzes aus Sicht des Völkerrechts gehört diese Region Russland. Die Rückkehr der Krim ist historische Gerechtigkeit.» Die imperialistische Annexion der Krim 1783 durch Katharina II. hat jedoch nichts mit historischer Gerechtigkeit zu tun.

Widerspruch vonseiten der historischen Forschung

Was Solschenizyn hier über «Novorossien, die Krim und die gesamte Südostregion» sagte, entspricht schlicht nicht der Wahrheit. Es handelt sich um Gebiete, die das russische Imperium im 18. Jahrhundert annektierte – vorher gab es dort keine autochthone russische Bevölkerung. An der Stelle der heutigen Stadt Odessa existierte laut historischen Ermittlungen eine Festung Hadzhibej, in der es kosakische und tatarische Merkmale gab. Vor der russischen Kolonisierung war das Gebiet überwiegend von ukrainischen Kosaken bewohnt, die hier ihre Winterlager und Siedlungen hatten. Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann das russische Kaiserreich, diese Ländereien aktiv mit EinwanderInnen zu besiedeln und gewährte ihnen Vergünstigungen und Rechte.

Und was «die mehrmillionenstarke russische Bevölkerung in der Ukraine» betrifft, liegen konkrete Zahlen vor: Laut der Volkszählung 2001 haben sich bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 52 Millionen EinwohnerInnen 17,3 Prozent als ethnische Russinnen und Russen bezeichnet (das sind knapp 9 Millionen), als Ukrainerinnen und Ukrainer hingegen 77,8 Prozent. Die russische Sprache wurde nie verboten. Die Amtssprache in der Ukraine war und bleibt Ukrainisch.

Das alles sollte jedoch keine grosse Rolle spielen. Das Einzige, was gelten sollte, ist das aktuelle Völkerrecht. Es proklamiert, dass die Grenzen zwischen Staaten völkerrechtlich verbindlich sind und durch Gewalt nicht verändert werden dürfen. Artikel 2 Absatz 4 der UNO-Charta («Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede

gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt») ist nach wie vor aktuell.

Das Memorandum von 1994

Seit 1991 existiert die unabhängige Ukraine in den Grenzen, die sie von der ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik übernommen hat. Am 5. Dezember 1994 wurde in Budapest von der Ukraine, der Russischen Föderation, den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich ein Memorandum unterzeichnet, dem zufolge die Ukraine die auf ihrem Territorium verbliebenen Atomwaffen aus Sowjetzeiten abgab. Im Gegenzug verpflichteten sich die genannten Staaten zur Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und bestehenden Grenzen der Ukraine sowie zum Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit der Ukraine. Sollte das Land Opfer eines Angriffs mit Atomwaffen werden oder eine solche Drohung erfahren, müsste der UNO-Sicherheitsrat Hilfe leisten.

In diesem Punkt gibt es nicht viel zu diskutieren. Die Idee, dass die «russische Kultur» Mitverantwortung für die desaströse Entwicklung des russischen politischen und gesellschaftlichen Diskurses trägt und dass eine Dekolonisierung der zentralen russischen kulturellen Narrative notwendig ist, ist dagegen hochaktuell. Es wäre höchste Zeit, dass die Welt systematisch von den Kulturen der Völker erfährt, die in der heutigen Föderation von Russland unterdrückt, zensiert oder gar ausgelöscht werden. Diese Idee findet jedoch auch im oppositionellen russischen Diskurs kaum Unterstützung. Ohne eine tiefgründige und ehrliche Aufarbeitung dieser Problematik sind systemische Veränderungen in der russischen Gesellschaft unmöglich.

Anmerkungen auf Seite 27, linke Spalte

Halyna Petrosanyak, geboren 1969 in den ukrainischen Karpaten, studierte russische und deutsche Philologie an der Hochschule Iwano-Frankiwsk. Auf Ukrainisch hat sie fünf Lyrikbände herausgegeben sowie 2024 den Roman *Matrygan* (deutsch «Die Tollkirsche»). Sie wurde mit mehreren Preisen und Stipendien ausgezeichnet. Seit 2016 lebt sie als Autorin und Übersetzerin in der Schweiz. Auf Deutsch erschien 2022 der Band *Exophonien* in der Reihe *essais agités* im Verlag Der gesunde Menschenversand.

Kurkows Kriegstagebuch

Mit «10. April 2023» datiert Andrej Kurkow seinen Essay «Der lange Weg zur Selbstbestimmung», nachzulesen im Band *Im täglichen Krieg* von 2024, der gelesen werden kann als eine Art Fortsetzung seines *Tagebuchs einer Invasion* (erschienen 2022). Kurkow erzählt in diesem Eintrag, dass der Zusammenbruch der UdSSR 1991 Grund für Zuversicht gab. Ihm, dem «antisowjetischen Sowjet», widerstrebte vieles an der UdSSR, und er stritt oft mit seinem Vater, «einem überzeugten Kommunisten», über die Ungerechtigkeit des sowjetischen Regimes.

Weil sein Vater eine Anstellung in der Zivilluftfahrt gefunden hatte, nämlich beim Antonow-Flugzeugwerk in Kyjiw, wo auch seine Grossmutter mütterlichseits lebte, zog die Familie mit dem zweijährigen Andrej in die sozialistische Ukrainische Sowjetrepublik. So wuchs er in der Ukraine auf, die Sommerferien verbrachte er in Jewpatorija auf der Krim. Gut erinnert er sich bis heute an



seine damalige Russischlehrerin, zu seiner Ukrainischlehrerin – vielleicht war es auch ein Ukrainischlehrer – fällt ihm nichts ein. Obwohl die ukrainische Sprache damals nicht verboten war, bleibt der Ukrainischunterricht eine Leerstelle.

Kein automatischer Ukrainer

Nach dem Studium arbeitete Kurkow «als Redakteur im staatlichen Verlagshaus von Dnipro, wo ich ukrainische Übersetzungen fremdsprachiger Romane redigierte. (...) Kenntnis der ukrainischen Sprache machte mich nicht automatisch zum Ukrainer.» Als er in der Hauptstadt der sowjetischen Ukraine lebte, stand im Pass in der Spalte «Nationalität: Russisch», nach der Unabhängigkeit bekam er einen ukrainischen Pass. «Ohne eine Grenze überschritten zu haben, fand ich mich in einem neuen Land wieder.» Er habe nichts an seinen Verhaltensweisen geändert. Literarische Texte habe er weiterhin auf Russisch geschrieben, trotzdem bezeichne und betrachte er sich seither als ukrainischen Schriftsteller, was dazu führte, dass manche seiner ukrainischsprachigen Kollegen ihm beziehungsweise seiner Selbstbestimmung mit Feindseligkeiten begegneten.

Damit dürfte sich Kurkow mittendrin im Streit der ukrainischsprachigen AutorInnen gegenüber ihren russischsprachigen KollegInnen sehen, den Halyna Petrosanyak auf Seite 24 in dieser **FRIEDENSZEITUNG** beleuchtet. Kurkow seinerseits schreibt: «Obwohl ich als Schriftsteller an meiner Muttersprache hänge, fühle ich mich der ukrainischen Gemeinschaft zugehörig und muss daher die ukrainische Geschichte beherrschen und die Geschichte und Kultur der Ukraine verstehen.» Damit Kurkows Bücher auch in ukrainischen Buchhandlungen verkauft werden können, werden sie umgehend ins Ukrainische übersetzt. «Ich habe mich moralisch damit abgefunden, dass meine Bücher nicht in der Sprache veröffentlicht werden, in der ich sie schreibe. Russisch wird zu meiner «privaten» Sprache werden.»

Alltägliche Kriegsgeschichten

Dass dieser Eintrag vom 10. April 2023 hier so ausführlich besprochen wird, liegt zum einen daran, dass er gut zum Beitrag von Halyna Petrosanyak passt. Zum anderen lässt sich exemplarisch zeigen, wie Kurkow vorgeht. In jedem Eintrag wendet er sich einem Thema zu und beleuchtet dieses aus verschiedenen Perspektiven. Dabei verbindet er persönliche Erfahrungen, Gegenwartsereignisse und historische Hintergründe zu einer Erzählung, die uns LeserInnen die Augen öffnet und Zusammenhänge erleben lässt. So wird jeder Eintrag zu einer in sich geschlossenen Geschichte, die sich unabhängig von den anderen lesen lässt.

Die Gesamtheit der Eintragungen fügt sich in einem Bogen zusammen zu einer Geschichte über den Alltag von UkrainerInnen im Krieg seit Februar 2022. Andrej Kurkow verzichtet tunlichst, Kausalzusammenhänge zu schaffen. Er deckt auf, weist auf Details hin, stellt Alltägliches in den Mittelpunkt. *Im täglichen Krieg* wird so zu einem Begleiter, der daran erinnert, dass dieser Krieg tobt – und dass er eine Geschichte hat, die so schnell nicht zu Ende gehen wird. Auch nicht mit sogenannten Friedensverhandlungen, wie sie Mitte August zwischen Trump und Putin in Alaska geführt wurden.

Liliane Studer

Anmerkungen Seiten 24–26

1 Fjodor M. Dostojewski in einem Brief an Apollon N. Majkow, Genf, Februar 1868. Vgl. <https://dostojewski.eu/der-panslawist-dostojewski.html>

2 Fjodor M. Dostojewski: Rede über Puschkin am 8. Juni 1880 vor der Versammlung des Vereins «Freunde Russischer Dichtung». Mit einem Essay von Volker Braun. Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1992.

3 In einem Brief vom 7.5.1926 schreibt Maxim Gorki an den Schriftsteller Oleksa Slisarenko: «Sehr geehrter Alexei Andrejewitsch, ich bin entschieden gegen die Kürzung der Erzählung *Die Mutter*. Mir scheint auch, dass eine Übersetzung dieser Erzählung in den ukrainischen Dialekt nicht notwendig ist. Es überrascht mich sehr, dass Menschen, die sich dasselbe Ziel setzen, nicht nur die Unterschiede der Dialekte betonen – ja, bestrebt sind, einen Dialekt zur «Sprache» zu machen –, sondern zudem auch jene Grossrussen unterdrücken, die sich in einem Gebiet dieses Dialekts in der Minderheit befinden. Unter dem alten Regime habe ich – so gut ich konnte – gegen solche Erscheinungen protestiert. Mir scheint, unter dem neuen Regime sollte man vielmehr danach streben, alles zu beseitigen, was die Menschen daran hindert, einander zu helfen. Andernfalls kommt es zu einer merkwürdigen Situation: Die einen bemühen sich, eine «Weltsprache» zu schaffen, die anderen handeln genau entgegengesetzt.» (Maxim Gorki: Briefe in 24 Bänden. Band 16, S. 63)

4 Maxim Gorki: Gesammelte Werke. Literarische Werke in 25 Bänden. Band 20, S. 235.

Andrej Kurkow: *Im täglichen Krieg*. Aus dem Englischen von Rebecca DeWald. Haymon Verlag, Innsbruck 2024. Fr. 31.90.

An der Nase herumgeführt

Möchten Sie gerne wieder mal von einer Schriftstellerin, einem Schriftsteller elegant und reizvoll an der Nase herumgeführt werden? Wenn ja, empfehle ich Ihnen gerne die beiden Romane von Mike Johansen, die im Secession Verlag in der Übersetzung von Johannes Queck erschienen sind. *Die Reise des gelehrten Doktor Leonardo und seiner zukünftigen Geliebten, der schönen Alceste, in die Slobidische Schweiz* erschien 2023, *Die Abenteuer von Maclayston, Harry Rupert und Anderer* im Frühjahr 2025.

/ Halyna Petrosanyak /

Der ukrainische Autor Mike Johansen (1895–1937) ist einer der brilliantesten Vertreter seiner Generation. Als Übersetzer aus dem Deutschen und Englischen, Experimentator mit literarischen Formen, Dandy und Liebhaber der Filmkunst und eben als Romanautor gehört er zu den bekanntesten Kulturschaffenden der 1930er-Jahre, der sich für eine eigenständige ukrainische Literatur, verankert in der westeuropäischen Tradition, einsetzte. Mike Johansen wurde in Charkiw als Mychajlo Herwasijowytsch Johansen geboren, absolvierte das Gymnasium und studierte an der Fakultät für klassische Philologie der Universität Charkiw.

Sein Vater war deutscher Herkunft, die Familie sprach Deutsch und Russisch. Ab 1918 identifizierte sich Johansen mit dem Marxismus und wechselte zum Ukrainischen. Charkiw wurde zur Hauptstadt der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (SSR) und verwandelte sich in ein Zentrum der modernen ukrainischen Kunst. Dutzende KünstlerInnen kamen, organisierten sich rund um Literaturzeitschriften, entwickelten neue Ideen und schufen progressive Kunst. Wie über sechzig Kulturschaffende aus Charkiw zog auch Johansen 1930 in ein genossenschaftlich gebautes Wohnhaus für Literaten, das «Haus des Wortes» genannt wurde.

Haus des Wortes

In der Zeit des stalinistischen Terrors zwischen 1933 und 1938 wurden auf

Grundlage fingierter Anschuldigungen einer «antisowjetischen Tätigkeit» über siebzig BewohnerInnen des Charkiwer «Haus des Wortes» vom sowjetischen Regime verfolgt, über dreissig wurden erschossen. Im August 1937 wurde auch Mike Johansen vom sowjetischen Geheimdienst NKWD verhaftet. Wie die Mehrheit der ukrainischen AutorInnen seiner Zeit wurde auch er grundlos beschuldigt, Mitglied einer ukrainisch-bürgerlich-nationalistischen Terrororganisation zu sein. In der Folge wurde Mike Johansen zum Tode verurteilt und am 28. Oktober 1937 in Kyjiw im Alter von 42 Jahren hingerichtet.

Die nun erstmals auf Deutsch erschienenen zwei Romane von Mike Johansen erhielten von der deutschsprachigen Kritik begeisterte Rezensionen. Die Literaturkritikerin Birgit Böllinger (Büro für Text und Literatur) bezeichnet den Roman *Die Reise des gelehrten Doktor Leonardo und seiner zukünftigen Geliebten, der schönen Alceste, in die Slobidische Schweiz* als «eine fabelhafte Wiederentdeckung, ein quirliges, überwältigendes Lesevergnügen». Der Zürcher Slawist und Literaturkritiker Ulrich Schmid nennt in der NZZ den im Original 1932 in Charkiw veröffentlichten Roman ein «bemerkenswertes Wortkunstwerk». Auch der

Autor und Literaturwissenschaftler Arne-Wigand Baganz lobt auf *anti-literatur.de* das Werk und weist die LeserInnen darauf hin, dass dessen Handlung in Gegenständen spielt, die in den letzten dreieinhalb Jahren als Schauplätze des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bekannt geworden sind.

Raffiniert und spannend

Das raffinierte Spiel, das der Autor mit seinen LeserInnen führt, beginnt schon mit dem Titel des Romans. Die Begriffe «Reise», «der gelehrte Doktor Leonardo» und «die Geliebte Alceste» werden zum Köder für alle, die nach Liebesgeschichten mit exotischem Kolorit dürsten. Auch Spannung wird bereits hier erzeugt, stellt sich doch mit der Bezeichnung «zukünftige Geliebte» auch gleich die Frage, wann endlich Alceste nicht mehr die zukünftige, sondern die gegenwärtige Geliebte des Doktor Leonardo, eines Arztes für Geschlechtskrankheiten aus Bologna, sein werde.

Im Werk gibt es zahlreiche Figuren, etwa Orest Perebyjnis, Student und Komsomolze, den alten Hausherrn Baumpflanzer sowie Baba, seine erste Ehefrau, von der der Autor plötzlich sagt, dass es sie gar nicht gibt, weil sie – wie alle anderen HeldInnen – erfunden sei. Manche Figuren erleben phantasmagorische Metamorphosen: Der Spanier Don José Pereira verwandelt sich in der Steppe von Cherson plötzlich in Danko Charytonowytsch Pererwa, ein Mitglied des sowjetischen Steppen-Kreisexekutivkomitees.

Schmerzvolle Kommentare und Monologe

Auch das Tragische fehlt im Roman nicht, kippt jedoch meist ins Groteske: Don José Pereira, von dem die Zeitung *Voce del Popolo* berichtet, er sei in den Steppen von Cherson getötet worden, erscheint plötzlich vor Doktor Leonardo, der schönen Alceste und dem Studenten Perebyjnis. «Unterdessen begann der tote Gast, sich sein Frühstück zuzubereiten. Wie zu seinen Lebzeiten mochte er am liebsten das spanische Nationalgericht Olla podrida, dessen wichtigste Zutat spanischer Pfeffer war.»



Es gibt auch schmerzvolle Kommentare und Monologe, wie jenen von Perebyjnis über das ukrainische Volk und die ukrainische Geschichte: «Ich bin ein Sohn dieses Volkes, Alceste, und ich habe Rohrkolben ausgegraben und gegessen. Ich habe unter einem Dach aus Schilf geschlafen, und ich habe einst einen roten Hund getötet, um mir aus seiner Haut eine Mütze für den Winter zu nähen. Jetzt grabe ich nach Integralen in dem Buch von Professor Struve. Ich möchte lernen, wie man sich ein besseres Leben schaffen kann. Zehn Jahre sind eine kurze Zeit, Alceste, und es ist schwer, innerhalb von zehn Jahren ein Leben abzuschütteln, in das man mehr als zweihundert Jahre der Sklaverei eingespannt worden war.»

Ernste Erkenntnisse und Ansichten werden oft in humorvoller Art und Weise ausgedrückt: «Ein Mensch, der immer nur dünnen Borschtsch mit Brot isst, manchmal gar ohne Brot, kann die moralischen Gesetze und das heilige Eigentumsrecht leicht vergessen, wenn er ein Stück Salo in der Grösse von fünfzehn Kubikdezimetern erblickt.»

Aufklärung im Epilog

Seine eigentliche Absicht mit diesem Werk erklärt der Autor nicht im Prolog, wie es gewöhnlich der Fall ist, sondern im Epilog, wenn die LeserInnen die letzte Seite umgeblättert haben. Es stellt sich heraus, dass die eigentlichen HeldInnen seines Romans weder Leonardo noch die schöne Alceste, weder der «faule Tyrannentöter» Don José noch der ukrainische Kutscher – «ein Mann, der wie Achilles aussah, aber Schildkröt hiess» – waren, sondern die Landschaften der Sloboda-Ukraine und der Cherson-Region.

Im Epilog erklärt Johansen, dass seine Figuren aus Karton bestehen – Puppen, erdacht einzig zu dem Zweck, die Orte darzustellen, durch die sie reisen. Die Natur bei Johansen ist nicht bloss Dekoration, in der sich alles ereignet; sie ist lebendig, und man muss vorsichtig mit ihr umgehen. Tatsächlich werden im Roman der Fluss Donez, die Kuh, das Pferd, der Wolf, die Mücke, Sonne und Mond personifiziert. «Nirgends steht geschrieben, dass ein Autor eines literarischen Werkes sich dazu verpflichtet, lebendige Menschen durch dekorative Landschaften zu führen. Er kann das Gegenteil versuchen und dekorative Menschen durch lebendige und reichhaltige Szenarien führen.»



Sein Spiel mit den LeserInnen offenbart der Autor so: «Aus schönem Karton hat er [der Autor] menschliche Figuren ausgeschnitten, auf Holzstämmen geklebt, sie grob mit kräftigen Farben bemalt, durch ihren Pappnabel Draht geführt und sie heiter unter die sengende Sonne der lebendigen, echten Steppe und die feuchten Lumpen der Bergahorne der Slobidischen Schweiz gezogen. Und damit der Leser nicht anfängt zu denken, diese Figuren seien lebendig, hat der Autor an den dramatischsten Stellen ihre Pappbrüste zerrissen und seinen zerzausten Kopf hindurchgesteckt und (der verständige Leser und die schöne Leserin mögen ihm hundert Mal verzeihen) sie manchmal auch einfach mit kaltem Wasser aus theatralischen Feuerwehrschräuchen abgeduscht.»

Auch ein Abenteuerroman

2025 veröffentlichte der Secession-Verlag einen weiteren Roman des Autors: *Die Abenteuer von Maclayston, Harry Rupert und Anderer*, ebenfalls in der Übersetzung von Johannes Queck. Hier nun handelt sich um einen detektivischen Abenteuerroman, der 1925 in einem Verlag in Charkiw erschien und innerhalb eines Jahres ein Bestseller war: Die Auflage erreichte über hunderttausend Exemplare. Der Autor, der damals bei einer staatlichen Filmorganisation arbeitete, experimentiert mit Filmtechniken: Jedes Kapitel wirkt wie eine eigenständige Episode, aufgebaut nach dem Prinzip der Parallelmontage unterschiedlicher Handlungsstränge. Das Werk ist voller

Ironie, schwarzem Humor und Parodien literarischer Klischees. Es entsteht der Eindruck, dass es nicht vor hundert Jahren, sondern in diesen Tagen entstanden ist. Auch provokante und schockierende Szenen fehlen nicht.

Die atemberaubende Handlung des Romans dreht sich um ein Thema, das auch heute hochaktuell ist: Der junge Wissenschaftler Harry Rupert hat ein Protein erfunden, das den weltweiten Hunger beseitigen soll. Dieses Produkt kann mit verschiedenen Geschmacksrichtungen versehen werden. Bald versuchen ein amerikanischer Magnat und ein englischer Professor, sich die Erfindung anzueignen. Der Erfinder beschliesst, sein Produkt an die sowjetische Regierung zu verkaufen, um die Hungersnot zu lindern, die Anfang der 1920er-Jahre in der Sowjetunion herrschte.

Im Roman treten verschiedene Figuren auf, darunter Allan Pinkerton: Johansen integriert den amerikanischen Detektiv in die Suche nach einer seiner Heldinnen und parodiert die Arbeit der Pinkerton-Agentur. Doch der eigentliche Protagonist des Werks ist der Autor selbst: Seine Präsenz im Text ist deutlich, er kommentiert Ereignisse, wendet sich direkt an die LeserInnen und betont die Fiktionalität der Geschichte. Er verwirrt die Spuren, spaltet sich auf, verwandelt sich in ein kollektives Autoren-Ich, macht sich lustig über das Genre und über die Leserschaft. Der Roman lebt von verführerischer Schönheit, leidenschaftlicher Liebe, Seeabenteuern, Spionen und einer russischen Grossfürstin, die in einem Bordell arbeitet. Die Handlung spielt in New York, London, Paris sowie in fernen Ländern, das Ende des Romans verlegt Johansen nach Charkiw, in seine Heimatstadt.

Mike Johansen: *Die Reise des gelehrten Doktor Leonardo und seiner zukünftigen Geliebten, der schönen Alceste, in die Slobidische Schweiz*. Roman. Aus dem Ukrainischen von Johannes Queck. Secession Verlag, Berlin 2023. Fr. 30.–.

Mike Johansen: *Die Abenteuer von Maclayston, Harry Rupert und Anderer*. Roman. Aus dem Ukrainischen von Johannes Queck. Secession Verlag, Berlin 2025. Fr. 33.–.

«Alle schon tot, lebende Leichen»

Im Krieg wird verwundet, gefoltert, vergewaltigt, zerstört, getötet. Und es sind Menschen, die sterben, Menschen, die töten. Gefühle müssen vergraben werden. Mitleid – mit sich selbst wie mit anderen – ist verboten. Zweifel ebenso. Davon erzählt Kon (was auf Polnisch Pferd heisst) im neuen Roman des polnischen Autors Szczepan Twardoch mit dem Titel *Nulllinie*. Der in Warschau gescheiterte Historiker Kon, gut 40-jährig, polnisch-ukrainischer Abstammung, hat begonnen mit Lieferungen von dringend benötigtem Material an die Front, bis er sich freiwillig zur ukrainischen Armee gemeldet hat und im Donbass eingesetzt wird, an vorderster Front, in einem vom Dnipro abgeschnittenen Flecken Erde («auf der anderen Seite eures Vaters, des Dnipro», wie Kon mantramässig wiederholt), an der Nulllinie eben.

Im Graben, ohne Zukunft

Hier, im Graben, hockt er zusammen mit Ratte, andere heissen Schakal oder Schabla (gleich Säbel). Die zivilen Namen haben sie zurückgelassen, ebenso das zivile Leben. Sie wissen kaum etwas voneinander, sprechen oft nur das Nötigste. Konzentriert auf das, was um sie herum geschieht, handeln sie, wie sie es gelernt haben. Einen Sinn können sie diesem Krieg nicht abgewinnen, ebenso wenig ihrem Leben. Sie rechnen damit, als Zweihunderter (sprich tot) oder Dreihunderter (sprich verwundet) zu enden, an ein Ende des Krieges glauben sie längst nicht mehr.

Diese Haltung dürfte auch Schutz bedeuten. In der Januarkälte an der Front gibt es wenig Zukunftsperspektiven, eingelocht, frierend, immer mit den gleichen Männern, deren Geschichten man lieber nicht kennen möchte – denn hat man sie einmal gehört, müsste man sie verachten –, ohne Hoffnung auf gar nichts, ist die Gefahr gross, aufzugeben. Doch auch das ist keine Option. Alles trostlos also? Viel mehr als das.

Keine erbauliche Lektüre

In einem inneren Monolog in der Du-Form, die gleichzeitig die Leserin miteinbezieht und den Erzähler von sich distanziert, gibt Kon schonungslosen

Einblick in seinen Alltag an der Front ebenso wie in sein Innenleben. Beides ist nicht schön zu lesen. In langen Passagen breitet Kon sein Wissen über Waffensysteme, über Stellungskrieg, das nicht enden wollende Ausharren in nassem Graben und durchlässigen Unterständen aus. Beinahe unerträglich sind die Berichte von Folterungen, Vergewaltigungen, Misshandlungen – auch Kon möchte diese Details nicht wirklich wissen und erlebt doch immer wieder, dass er sie wissen will.

Manchmal schafft er Raum zum Durchatmen, in Rückblenden kehrt er dorthin zurück, wo es noch besser war – etwa als sie einmal über längere Zeit «im Haus eines lokalen Geldsacks wohnten, der auch noch Geschmack hatte». Kon zieht sich zurück, denkt an seinen Grossvater, der Ukrainer war, Galizier aus der Gegend von Przemysl, und in der Waffen-SS diente. Er sieht sich im Krankenhaus, als ihm sein eben geborener Sohn in die Arme gelegt wird. Er erinnert sich an den Vater, ein bisschen Pole und ein bisschen Ukrainer, an die polnische Mut-

ter. Alle scheint er verloren zu haben, einzig mit seiner Schwester hat er noch losen Kontakt, teilt ihr ab und zu mit, dass er noch am Leben sei.

Zärtliche Momente

Immer wieder taucht der Name Zuja auf, die Frau, mit der ihn eine Geschichte verbindet, die er lange für sich behält und eines Tages doch erzählen muss. Eine gemeinsame Zukunft wird es kaum geben, wie es überhaupt für Kon keine Zukunft gibt. Bis zum Schluss weiss er nicht, weshalb er in diesem Krieg ist. Wahrscheinlich hat Zuja recht, wenn sie ihm einmal schreibt: «Du kämpfst nur, weil du nicht mehr leben willst. Ich finde, kämpfen muss man, gerade weil man leben will.»

Das sind die zärtlichen Momente in einem Roman, der von Brutalität, Gewalt und Verlust geprägt ist. So taucht die Frage auf, wie gelingt es Twardoch, diese Intensität herzustellen, dass es keine Frage ist, weiterzulesen. Zum einen mag das damit zusammenhängen, dass vieles zwar aus Zeitungsberichten und Reportagen zugänglich ist. Doch in der *Nulllinie* lässt der Autor die Protagonisten direkt aus der Kriegshölle erzählen, was einen Sog entwickelt, dem zu entziehen kaum möglich ist.

Zum anderen ist es darauf zurückzuführen, dass Twardochs Sprache grossartig ist. Sie weckt das Interesse für diese Menschen im Graben, die sich – teils freiwillig wie Kon – für den Dienst an der Front gemeldet haben und sich nicht von ihrer Überzeugung abbringen lassen, auch wenn sie kein Ende des Krieges sehen. Zusätzlich bewahrt diese Sprache, diese Erzählform in ihrer brutalen Direktheit eine Prise Menschlichkeit, ja sogar Zärtlichkeit. So gelingt es dem Autor und auf Deutsch dem Übersetzer, diesen Widerspruch sprachmächtig wiedergibt, die LeserInnen zu überzeugen, genau hinzuschauen, was Krieg ist, und den Widerspruch auszuhalten, dass Krieg scheusslich ist und dass er notwendig ist.

Liliane Studer



Szczepan Twardoch: *Die Nulllinie*. Roman aus dem Krieg. Aus dem Polnischen von Olaf Kühl. Rowohlt Berlin, Berlin 2025. Fr. 33.50.



Veranstaltung zum UNO-Weltfriedenstag St.Gallen

Donnerstag, 18. September 2025, 19.00 Uhr,
Saal Katharinen, Katharinengasse 11, St. Gallen

Prävention von Gewalt und Krieg

«Prävention von Gewalt und Krieg – Konzeptvorschlag für eine Kultur des Friedens», Karl Brunner

Kriegsrisiken wie Klima, KI und Konflikte. Wie können wir handeln?
Workshop mit Simon Gaus Gaprez, www.umbrella-initiative.ch

Diskussion: Was können wir als Individuum und als Gruppe tun?

Moderation: Andrea Weinhold, Pfarrerin in der Ökumenischen Gemeinde Halden, St. Gallen

Kollekte für «Human Space» in Sri Lanka. Das Ziel des Vereins ist ein „kultureller Wandel hin zu mehr Frieden, ethnischer Harmonie und sozialer Gerechtigkeit in kultureller Vielfalt“.



Veranstalter: Vorbereitungsgruppe
UNO-Weltfriedenstag St. Gallen
<https://frieden-ostschweiz.ch>

Miteinladende und unterstützende Organisationen: CaBi Antirassismus-Treff St. Gallen, Grüne Kanton St. Gallen, PFG Politische Frauengruppe St. Gallen; IFOR Schweiz, Ökumenische Gemeinde Halden, Schweizerische Friedensbewegung SFB, Schweizerischer Friedensrat, Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung, Verein Gerechtigkeit und Demokratie Sri Lanka



Montag, 29. September 2025

19.00 – 21.00 Uhr

Schweizerischer Friedensrat, Gartenhofstr. 7 in Zürich

Neutralitätsinitiative – Solidarität quo vadis?

mit Priska Seiler Graf

SP-Nationalrätin und Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission

Unmittelbar nach der Herbstsession des Nationalrates zur Behandlung der sogenannten Neutralitätsinitiative legt Priska Seiler Graf dar, wie sie die Debatte erlebt hat, wie das angestrebte Verbot von Sanktionen gegen Kriegsverbrecher mit den Werten einer solidarischen Friedens- und Sicherheitspolitik vereinbar sein soll und welche Elemente in der Abstimmungskampagne von Bedeutung sein werden.

Tram Nr. 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd
(eine Station nach Stauffacher), dann zweite Strasse rechts.

Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter diana.schenkel@friedensrat.ch
bis zum 26. September 2025 an und erhält dann den Zugangscode.



Montag, 24. November 2025

19.00 – 21.00 Uhr

Schweizerischer Friedensrat, Gartenhofstr. 7 in Zürich

Zugänglich für alle?

Inklusion und strukturelle Gewalt in der Schweiz

**Ein Gespräch mit
Stephanie Weiss**

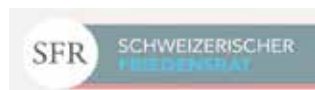
Professorin an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit
und

Saphir Ben Dakon

Kommunikations- und Inklusionsexpertin

Die Veranstaltung findet im Rahmen der internationalen Kampagne gegen Gewalt an Frauen statt, die vom 25. November bis 10. Dezember 2025 dauert. Nähere Infos auf www.friedensrat.ch

Tram Nr. 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd (eine Station nach Stauffacher), dann zweite Strasse rechts. Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter diana.schenkel@friedensrat.ch bis zum 21. November 2025 an und erhält dann den Zugangscode.



Einladung zur begleiteten Friedenswanderung am 13. September 2025

Die Wanderung beginnt um 9 Uhr beim Bahnhof Walzenhausen und endet gegen 16 Uhr in Heiden bei der Nagasaki-Glocke. Die öffentliche Wanderung bietet viele Impulse. Die Mittagsverpflegung aus dem Rucksack genießen wir beim Friedentisch, mit einer herrlichen Aussicht auf die gesamte Bodensee-Region. Eine Anmeldung ist nötig bis zum Mittwoch, 9. September 2025, 18 Uhr an praesident@friedens-stationen.ch. Der Teilnehmerbeitrag von Fr. 10.– wird vor Ort einkassiert.

Donnerstag, 25. September 2025: Empathie im Zeichen der neuen Weltunordnung?

19 Uhr im Evangelischen Kirchgemeindehaus Heiden. Vortrag und Gespräch: 80 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs scheint der Traum von einer europäischen Friedensordnung gefährdeter denn je. Die USA torpedieren gemeinsam mit Russland die Unterstützung der Ukraine. Und im Nahen Osten werden Juden und Palästinenser von falschen Freunden in einen scheinbar ausweglosen Konflikt gehetzt. Woran kann sich angesichts dieser Polarisierungen ein neuer Universalismus festhalten? Referent ist Hanno Loewy, Direktor des Jüdischen Museums Hohenems. Die Treppenhaus-Ausstellung im Museum Heiden zu den Friedens-Stationen ist ab 18 Uhr geöffnet.



FRIEDENSZEITUNG

DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT



Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die **FRIEDENSZEITUNG:**

Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedenthemen und -arbeit viermal jährlich vierfarbig

- ☐ Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
- ☐ Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis



Name, Vorname, Adresse

PLZ, Ort

Datum

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail an: info@friedensrat.ch